

Wochenlohn 55 Pf., monatlich 2,00 M.  
im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M.  
einmalig 60 Pf. Postgebühren und  
72 Pf. Postbeiträge. Zusatzen-  
abonnent 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Abendausgaben für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Beilagen „Woll  
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner  
„Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in  
die Bücherei“, „Jugend-Vorwärts“  
und „Stadtblätter“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampfbereitschaft  
des Völkisch-Reaktionären — Reichs-  
marschall „Klein-Anzeiger“ das ver-  
traute Wort des Völkisch-Reaktionären  
12 Pfennig. Einmalige das erste  
Wort 15 Pfennig. Jedes weitere Wort  
10 Pfennig. Worts über 15 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt  
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite  
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-  
geschäft Lindenstraße 3, wochentlich  
von 9, bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr. Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Wallstr. 65. D. V. u. Disc.-Ges., Depostenkasse, Jerusalemstr. 65/66.

# Trillerpfeifen und Steine.

## Reichstagsstandal / Straßenkrawall / Metallkonflikt.

### Hakenkreuzkrawalle in der Stadt.

#### Schaufenstersturm in der Leipziger Straße. — Im Kaufhaus Wertheim 36 Schaufenster eingeworfen.

Der Polizeipräsident teilt mit: Bereits vor der Eröffnung des Reichstages sammelten sich gegen 2½ Uhr nachmittags größere Menschenmengen — anscheinend Nationalsozialisten — im Tiergarten und in den angrenzenden Straßen an, die versuchten, bis zum Reichstagsgebäude vorzudringen. Sie wurden durch die bereitgestellte starke Polizeimannschaft immer wieder zurückgedrängt. Ein neuer Vorstoß wurde gegen 3¼ Uhr unternommen. Nachdem sich in der Friedensallee größere Trupps angesammelt hatten, gingen sie unter dem Gesang nationalsozialistischer Lieder gegen die Polizeisperre vor, um sie zu durchbrechen. Verstärkungen, die herangezogen wurden, sprengten die Demonstranten auseinander und drängten sie durch den Tiergarten in Richtung Brandenburger Tor ab. Um 4 Uhr kehrte ein neuer Sturm auf das Reichstagsgebäude ein. Dabei wurden noch Anwendung des Polizeiknüppels 50 Personen listet.

Nachdem vor dem Reichstagsgebäude stärkere Menschenansammlungen durch das Eingreifen der Schutzpolizei zerstreut worden waren, strömte ein beträchtlicher Teil der dort abgedrängten Personen durch die Friedrich-Ebert-Straße in Richtung Potsdamer Platz und Leipziger Straße ab.

Etwas um 16 Uhr 10 Minuten wurden zunächst beim Café Dobrin mehrere Fensterscheiben durch Steinwürfe zerstört und fast unmittelbar anschließend in der Leipziger Straße die dortige Schaufensterfront des Kaufhauses Wertheim eingeworfen bzw. eingeschlagen. Ferner wurden bei den Firmen Grünfeld, Bette, Cords und Adam mehrere Schaufenster zerstört. Außerdem wurde in der Charlottenstraße bei der Firma

Behrendt und in der Kronenstraße bei der Darmstädter Bank mehrere Fenster eingeworfen.

Die sofort eingeschickten Polizeistreikräfte zerstreuten die Ansammlungen und nahmen insgesamt 53 Personen, die der NSDAP angehören, fest. Die Festgenommenen wurden zur Strafverfolgung der Abteilung I A eingeliefert. Weitere Zwischenfälle sind nicht mehr eingetreten.

#### Großer Sachschaden.

Der Sachschaden, den die Hakenkreuzbanden angerichtet haben, ist sehr erheblich. Im Kaufhaus Wertheim wurden nicht weniger als 36 große Spiegelscheiben eingeschlagen.

#### Nach Geschäftsschluß.

Nach Geschäftsschluß bot die Berliner City den üblichen ruhigen Eindruck. Lediglich am Potsdamer Platz pendelten kleine Trupps von Nationalsozialisten hin und her, die sich mit dem Faschistengruß begrüßten. Verschiedentlich bildeten sich größere Diskussionszirkel, die schnell und leicht von berittener Polizei zerstreut wurden. Wenn die Polizisten kamen, riefen die Nazis ihren Anhängern zu: „Laßt euch nicht von den Strolchen totkämpfen, morgen gib'ts noch mehr!“

Gegen 10 Uhr schlugen halbwüchsige Burschen 5 Schaufensterscheiben im Warenhaus Tich am Dönhofsplatz ein. Sie entkamen über den Dönhofsplatz.

Gegen Mitternacht waren insgesamt etwa 100 Personen verhaftet. (Weitere Nachrichten im totalen Teil.)

Trillerpfeifen tönen im Sitzungssaal, Schaufenster spalttern in der Leipziger Straße. Der Reichstag ist eröffnet. Die Befreiung des deutschen Volkes von Bernunft und Anstand hat begonnen. Hörbar und sichtbar nähern wir uns dem dritten Reich.

Man muß es den Nationalsozialisten lassen, bei ihnen gibt es keinen Unterschied zwischen Führern und Geführten; beide sind einander wert.

Die Einhundertundsieben, die sich verummmt in den Reichstag schlichen, um dann in voller Kriegsbemalung in den Saal einzumarschieren, hätten, statt drinnen zu pfeifen und zu johlen, ebenfogut draußen Steine schmeißen können.

Und die dreihundert Söhne der besseren gebildeten Stände, die ihre mitgebrachten Wurfgeschosse mit einer liebigen verrätenden Sicherheit in die Schaufenster von Kaffee- und Warenhäusern entlandten, um nach vollbrachter Tat die Flucht zu ergreifen — sie hätten ebenfogut den rechten Flügel des Reichstags zieren können, man hätte nicht den geringsten Unterschied der Qualität bemerkt.

Wer den Reichstag noch erlebt hat in der Zeit, in der ganz links Babel und Bollmar, ganz rechts Kardorff, der Vater, und v. Hennebrand saßen, den paßt ein Grausen.

Kann man sich damit trösten, daß es im Reichstag im Mai 1924 ähnlich ausgesehen hat? Damals war freilich manches ebenso wie jetzt, aber auch manches anders.

Anders: denn die wirtschaftliche Krise war im Abklingen, die radikalistischen Wahlsieger pfeiften links, nicht rechts — im Reichspräsidentenhaus aber saß Friedrich Ebert.

Heute vermag niemand zu sagen, wie lange die Krise noch dauern wird. Erster Wahlsieger ist nicht der Kommunismus, sondern der unendlich gefährlichere Faschismus. Ob die ganze Gefahr, die von ihm droht, jetzt im Reichspräsidentenhaus erkannt wird, ob die richtigen Schlüsse daraus gezogen werden, ist eine wichtige, aber eine ungeklärte Frage.

Für die Arbeiterklasse war der 14. September eine Warnung, der 13. Oktober ein Alarmsignal. Sie steht jetzt ihrem Todfeind Leib an Leib gegenüber und sieht das Weiße seines Auges. Ein Sieg dieser Horden würde sie materiell und ideell über die Kaiserzeit hinaus zurückwerfen. Rechtlos geworden würde sie vergeblich die begrabene Demokratie mit den Nägeln auszugraben versuchen.

Der Kampf muß sofort aufgenommen werden und er muß geführt werden mit wirksamen Mitteln. Auch die kommunistisch gefürten Arbeiter müßten jetzt begreifen, daß mit Hochrufen auf die Weltrevolution und auf Sowjetdeutschland ein wirklicher Kampf gegen den Faschismus nicht geführt werden kann.

Die Nacht, die die Arbeiterklasse später einmal vielleicht haben wird, nützt ihr in dem gegenwärtigen Kampfe gar nichts. Aber Nachtpositionen, die sie im heutigen Staate bezieht oder gewinnen kann, können den Ausschlag geben.

Unter dem Beifall aller politischen und sozialen Reaktionen, beschäftigungsloser Prinzen, abgetateter Hoffschranzen und scharfmachender Unternehmer, vollzieht die sogenannte und scharfmachender Unternehmer, vollzieht der sogenannte Nationalsozialismus seinen Angriff auf die demokratische Republik.

Die Arbeiterklasse verteidigt sich heute selbst, indem sie die demokratische Republik verteidigt.

Die Arbeiterklasse würde unklug handeln, wenn sie in diesem Entscheidungskampf nicht jede Hilfe annehmen würde, die sich ihr darbietet.

Der Nationalsozialismus ist der Preisfechter des verfallenden Mittelstandes und der äußersten Reaktion, nicht des gesamten Bürgertums. Weiße Kreise des Volkes, auch außerhalb der sozialistischen Arbeiterklasse, sehen in ihm eine ungeheure Gefahr und sind bereit, sich dem Führer anzuvertrauen, der sie gegen ihn in den Kampf führt. Dieser Führer kann nur die Sozialdemokratische Partei sein!

Die Parteien der bürgerlichen Mitte, mehr noch die Wähler, die hinter ihnen stehen, sind vor die Frage gestellt, ob sie Staat und Wirtschaft den Hakenkreuzhorden ausliefern

# Urabstimmung der Metallarbeiter.

## Dreiviertelmehrheit gegen den Schiedsspruch.

Obgleich das Gesamtergebnis der Urabstimmung in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller noch nicht vorliegt, geht schon aus den bis 10 Uhr abends eingelaufenen Abstimmungsergebnissen unzweifelhaft hervor, daß mehr als die statutarisch notwendige Dreiviertelmehrheit der Berliner Metallarbeiter und -arbeiterinnen sich für die Ablehnung des Lohnabbauschiedsspruches des Sonderschlichters Dr. Böllers entscheiden wird.

Von den 276 Betrieben, die zur Zeit dem BMMV angeschlossen sind, lag bis gestern abend das Abstimmungsergebnis aus 192 Betrieben vor.

In diesen Betrieben sind 80 673 Stimmen abgegeben worden. Davon waren für Annahme des Schiedsspruches 14 311, für Ablehnung 64 392 Stimmen und ungültig 1770.

Da in einem Teile der Betriebe am Montag nicht gearbeitet wird, wie zum Beispiel in der AG. Oberkornweide, ist erst bis heute abend das Endergebnis zu erwarten.

Aus mehreren Großbetrieben ist das Abstimmungsergebnis gestern ebenfalls noch nicht dem Metallarbeiterverband übermittelt worden. So liegen noch keine Resultate vor aus den Großbetrieben: Umbi und Anbi-Bud, Johannishof, Lokomotivfabrik Raffen-Schwarzkopf, Wildau, Rix u. Genest, Lokomotivfabrik Dresden u. Koppel, Romawas, Schuchardt u. Schütte, Spandauer Str., Daimler-Benz, Marienfelde, Kabel- sowie Metallwerk Siemens, Eisenwerke von Siemens u. Halske usw.

Heute vormittag tritt zunächst das Metallkartell und im Anschluß daran treten die Deutsche aus den Betrieben des BMMV zusammen, um das Abstimmungsergebnis entgegenzunehmen und die notwendigen Schritte zu beschließen.

Die Abstimmung zeigt die glänzende Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft. Gemeinsam mit dem Deutschen Metallarbeiterverband ist sie entschlossen, den Schiedsspruch nicht nur abzulehnen, sondern auf dem Wege des Arbeitskampfes einen für die Arbeiterschaft günstigen Vertrag herbeizuführen. Der Streit wird voraussichtlich am Mittwoch beginnen.

Jetzt ist es die Aufgabe der Regierung, vermittelnd einzugreifen, Verhandlungen herbeizuführen und dahin zu wirken, daß diese Verhandlungen mit einem Ergebnis enden, das den Forderungen der Gewerkschaft gerecht wird!

#### Der AOBG. gegen Verbindlichkeitsklärung.

Die Tagung des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes befaßte sich am Montagnachmittag mit dem Schiedsspruch des Sonderschlichters Dr. Böllers in dem Lohnkonflikt zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. Das Ergebnis der kurzen Aussprache über den verhängnisvollen Lohnabbau-Schiedsspruch ist in der folgenden Entscheidung zusammengefaßt.

„In dem Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie erkennt der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Absicht, die staatliche Schlichtung einseitig zugunsten der Arbeitgeber gegen die Arbeiterschaft einzusetzen. Mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband sind daher alle Gewerkschaften einig in der entscheidenden Verurteilung dieses Mißbrauchs der Staatsgewalt und erheben im voraus Protest dagegen, daß etwa durch Verbindlichkeitsklärung dieses Schiedsspruches der Arbeiterschaft den Lohnabbau aufzwingen.“

# Die Eröffnung des Reichstags.

## Krawallkrieg der Radikalen.

oder aber mit der Sozialdemokratie den Kampf für die demokratische Staatsautorität, für den Schutz einer freiheitlichen Rechtsordnung aufnehmen wollen.

Was gestern geschehen ist, darf sich nicht wiederholen. Weder innerhalb, noch außerhalb des Hauses. Wenn die Sozialdemokratie ihren bewährten Paul Löbe wieder für das Reichstagspräsidium zur Verfügung stellt, so bringt sie damit ein großes Opfer. Dieses Opfer wird nur dann nicht vergeblich sein, wenn eine starke Mehrheit Paul Löbe wiederwählt und ihn in allen Maßnahmen, die zur Wiederherstellung der parlamentarischen Ordnung nötig sind, nachdrücklich unterstützt.

Und auch was gestern auf der Straße passierte, darf sich nicht wiederholen. Wahrlich, es gibt nichts internationaleres als den Nationalismus! Unter seiner Führung unter Schmährufen auf Deutsche und Juden, marschieren ein paar Wochen der süße Pöbel von Prag jüdische, deutsche und — tschechische Spiegelscheiben ein. Spiegelscheiben haben keine Nasen. Spiegelscheiben können nicht sprechen.

Gestern haben in Berlin dreihundert Söhne der gebildeten Stände ihren Bogenschuss durch die Leipziger Straße unternommen. Auch nichtjüdische Firmen sind ihm zum Opfer gefallen, nach sicherem Vernehmen auch solche, die die nationalsozialistische Wahlagitatorik mitfinanziert haben.

Auf die paar Scheiben, die den Juden und den Christen von der Versicherung gleichmäßig ersetzt werden, kommt es freilich nicht an. Die Fensterheben, die der Nationalsozialismus zugleich dem deutschen Volke zerschlagen hat, sind viel tausendmal kostspieliger, und das arme deutsche Volk muß sie selber bezahlen bis auf den letzten Pfennig.

Deutschland kann sich in seiner heutigen Situation den Luxus antisemitischer Straßenkrawalle nicht leisten. Es muß erwachen und sich wehren, wenn es nicht an der Halenkreuzpest verrecken will.

Die Arbeiterklasse Deutschlands ist erwacht. Sie ist in ihrer erdrückenden Mehrheit bereit, den Kampf zu führen, die Rechtsordnung der demokratischen Republik gegen faschistische Unterdrückung und Zerschlagung wirksam zu verteidigen. Man gebe ihr die Gelegenheit dazu! Die Dinge von diesem Standpunkt aus betrachtet — ist es nicht ein heller Wahnsinn, wenn die Verteidiger der Republik in diesem Augenblick ihre eigene wirtschaftliche Existenzgrundlage verteidigen müssen gegen einen Angriff, der von der Regierung ausgeht oder von ihr begünstigt wird?

Die Arbeiter sind es leider nur zu sehr gewohnt, als die Stiefkinder dieser Republik behandelt zu werden, die aus ihrer Tat geworden ist und die nur durch ihre Kraft verteidigt werden kann.

Wer will aber jetzt es verantworten, die Metallarbeiter Berlins und bald danach etwa die Arbeiter ganz Deutschlands in einen Verteidigungskampf, einen Verzweiflungskampf um ihren bisherigen dürftigen Lebensstandard hineinzuzwingen?

Begreift Herr Brüning, daß die Stunden dieses Tages wahre Schicksalsstunden des deutschen Volkes sind?

Die deutschen Arbeiter werden kämpfen mit allen Bundesgenossen, die sich ihnen bieten, gegen alle Feinde, die sich ihnen entgegenstellen. Und in diesem gerechten und notwendigen Kampfe wird sich die Sozialdemokratie von ihnen nicht trennen. Es gibt keinen wirklichen Klassenkampf der Arbeiter, der nicht zugleich auch ein Kampf der Sozialdemokratie wäre!

Heute ist der Faschismus die Gefahr. Er wäre es nicht ohne den Verfall des Kommunismus. Er wäre es auch nicht ohne die politische Direktionslosigkeit der bürgerlichen Mitte. Die Sozialdemokratie könnte mit ihm spielend fertig werden, wenn ihr nicht die Unvernunft von links und rechts hindernd in den Weg träte. Die Zerfahrenheit der Schichten und Parteien, die alle gegen den Faschismus um ihr eigenes Leben kämpfen, schafft erst diese schwere und außerordentliche Situation, die nur durch außerordentliche Mittel bezwungen werden kann.

Wenn sich das Bürgertum dem Faschismus ergibt, so wird es dafür teuer zu bezahlen haben. Den Arbeitern bleiben zum Schluß immer noch ihre Fäuste, ohne die weder der Staat noch die Wirtschaft bestehen kann!

## Teure Naziregierung.

### Der Kurssturz der Braunschweiger Staatsanleihen.

Braunschweig, 13. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten beginnt sich für das Land Braunschweig in geradezu katastrophaler Weise auszuwirken. Seit dem Tag der Landtagswahlen sind die Kurse der achtprozentigen Staatsanleihe von 1928/29 um nicht weniger als 10 Proz. gefallen. Die beiden Anleihen, die je 10 Millionen Mark umfassen, haben also insgesamt 2 Millionen Mark an Kurswert eingebüßt. Um diese Summe sind die Anleihebekäufer, die dem Staate Braunschweig im Vertrauen auf Ruhe und Sicherheit ihr Geld borgten, geschädigt worden.

## Nazi gegen Nazi.

### Die Schlägerei um Buchruder vor Gericht.

Meldorf, 13. Oktober.

Unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Bloch hat heute im Ständesaal des Meldorfer Kreishauses der Prozeß gegen 14 Nationalsozialisten begonnen, der die Zusammenstöße zwischen Anhängern der Hitler- und der Straßer-Richtung in Albershof vom 13. Juli behandelt wird. Im Lokal von Johannsen in Albersdorf fand damals eine Versammlung von Nationalsozialisten Straßerförmiger Richtung statt, zu der auch Major a. D. Buchruder und Schriftleiter Schapke aus Berlin erschienen waren. Ehe die Beratungen beginnen konnten, drängten Hitleranhänger auf die Bühne und verurachteten eine Schlägerei, in deren Verlauf u. a. Buchruder erheblich verletzt wurde. Man rechnet mit einer Verhandlungsdauer von mehreren Tagen.

Ein weit größeres Menschenaufgebot als bei den Reichstags-eröffnungen der letzten Wahlperioden hatte sich am gestrigen Montagmorgen in der Umgebung des Reichstagsgebäudes angeammelt. Die Polizei sperrte den Zugang in größerem Umkreis ab, so daß die Menge sich nur in ziemlich geringer Entfernung, in der Friedrich-Ebert-Straße jenseits des Brandenburger Tores und an der Charlottenburger Chaussee aufstellen konnte. Die Straßenbahn durfte an der ständigen Haltestelle beim Reichstagsgebäude nicht stehen bleiben, sondern erst an der Ecke der Friedrich-Ebert-Straße und des Reichstagsufers. Starke Polizeikräfte waren in Reserve.

## Im Saal.

Die Tribünen waren natürlich mächtig überfüllt, und die Plätze unten im Saal gegen 3 Uhr nachmittags fast vollständig eingenommen — leer war nur die Regierungsbank auf der Rechten und die Plätze der 107 Hitlerianer. Als die Ringe den Beginn der Sitzung ankündigte, erschienen die Halenkreuzler, geführt von Dr. Fritsch, Gregor Straßer und Stöhr im Gänsemarsch auf der äußersten Rechten, samt und sonders in ihrer verbotenen Parteiuniform. Verschiedene Abzeichen am Arm und auf dem Kragen zeigten die militärischen Grade, die diese verschiedenen „Gruppen“, „Stabs“ und „Majors“ innehaben. Die kaiserlichen Kriegsorden hatten die „Nicht-Drücker“ wieder abmachen müssen, damit kein Unterschied bestehe. Ihr Einzug wurde mit feindlichem Geräusch, von den Kommunisten mit heftigen Protestrufen entgegengenommen. Die äußerste Linke verlangte sofort in lärmenden Jurufen, daß „der Belagerungszustand vor dem Reichstag aufgehoben“, und daß der Polizei das Einschlagen mit dem Gummistock auf die Zuschauer auf der Straße verboten werde. Dem aufgeregten Ruf einer Kommunistin folgte ein Brauheld „Alter!“ folgen.

## Alterspräsident Herold.

Inzwischen hatte der greise Zentrumsgewählte Herold den Präsidentensitz eingenommen. Er teilte mit, daß nach den bisher getroffenen Feststellungen er das älteste Mitglied der Versammlung sei, nämlich am 20. Juni 1848 geboren, somit im 83. Lebensjahre stehend. Da sich ein noch älteres Mitglied nicht meldete, eröffnete Herold die Sitzung und betraf zu Schriftführern die Abgg. Taubadel (Soz.), Göring (Natz.), Rauch-Rüchsen (Bayer. Vp.) und Frau Teusch (Z.).

Göring war nicht vorchriftsmäßig uniformiert, da er ein nicht richtig braunes Hemd und außerdem lange Hosen anhatte. Diese Mißplindrigkeit führte einen Heiterkeitsausbruch herbei.

Zur Geschäftsordnung verlangte nun der Kommunist Torgler das Wort, jedoch verweigerte ihn der Alterspräsident auf die Zeit nach dem Namensaufruf. Torgler hoppelte noch rasch eine kleine Agitationsrede herunter, die sich wieder mit dem Polizeiaufgebot besetzte. Dann begann der Namensaufruf. Als erster Halenkreuzer wurde Dr. Albrecht-Thüringen aufgerufen, der unter großem Hallo antwortete: „Hier! Heil Hitler!“

Der Namensaufruf verlief ziemlich bewegt, da zunächst die Kommunisten den Namen Brüning, sowie den Aufruf prominenter Reichsradikaler wie Epp, Fritsch sowie von Ministern usw. mit beschimpfenden Jurufen begleiteten. Dr. Goebbels schloß zunächst und erschien erst kurz nach seinem Namensaufruf, dann aber von der äußersten Linken mit höhnischen Jurufen und darauf von den Halenkreuzern mit Jubel begrüßt; er hatte nämlich ein braunes Häpplein so schnell angezogen, daß

dem Herrn Gauleiter der Hemdzippel hinten herausging.

Herr Heines mußte sich von der Linken die Kennzeichnung als Fremder gefallen lassen. Da die Hitlerleute jüdisch klingende Namen besonders unterdrückten, ging die Linke dazu über, das gleiche auch bei der Halenkreuzerwahl Rosenberg zu tun, nachdem bereits Herr Rüchsen als „Schweinepastor“ gekennzeichnet worden war.

Bei dem Namen des in Vorführungshaft sitzenden Abg. Maddalena rufen die Kommunisten: „Der muß sitzen, aber Goebbels sitz da!“ Worauf der alle Gerichtstermine zielbewußt vermeidende Goebbels sich noch brüstete: „Weil ich es schlauer anfang!“

Der Namensaufruf dauerte rund eine Stunde; eine ganz überflüssige Zeitvergeudung, da die Anwesenheitslisten und die Besetzung des Saales die Beschäftigungsfähigkeit zweifelsfrei ergaben.

Dann bringen die Kommunisten auf die kämpfenden Berliner Metallarbeiter ein dreifaches „Rot-Front“ aus, was die Halenkreuzer höchlichst zu betüffeln scheint.

Der Alterspräsident läßt nun die eingegangenen Regierungsvorlagen mitteilen, sowie den sozialdemokratischen

Antrag Breitscheid und Genossen auf Herabsetzung der Reichstagsdiäten, sowie der Gehälter des Reichspräsidenten und der Reichsminister um 20 Prozent.

sowie einen weiteren sozialdemokratischen Antrag, der den schon im vorigen Reichstag eingebrachten Gesetzentwurf wiederholt, wonach keine Reichs- oder Staatspension über 12 000 Mark jährlich betragen dürfe.

Ein Antrag der Kommunisten, daß Maddalena sofort aus der Haft entlassen werden soll, wird ohne Widerspruch angenommen; dagegen scheitert die Beratung des kommunistischen Antrags auf Entfernung der Polizei aus der Umgebung des Reichstagsgebäudes an dem Widerspruch der Regierungsparteien.

Die nächste Sitzung soll nach dem Vorschlag des Alterspräsidenten am morgigen Mittwoch, 3 Uhr, abgehalten werden. Tagesordnung: Wahl des Präsidiums und Diätenantrag Breitscheid.

## Der Zermörder mit der Trillerpfeife.

Abg. Torgler (Kom.) verlangt, daß bereits heute Sitzung gehalten werde und behauptet, daß die Pause nur wegen allgemeinen Aufgebots eingehalten werde. (Gesicht rechts; Abg. Heines benutzte eine Trillerpfeife, worauf ein „unbemessener“ Kommunist mit dem Pfiff auf zwei Fingern antwortete). Für die Dienstagsitzung schlägt Torgler als Tagesordnung vor die Mißtrauensanträge, Aufhebung der Rotorordnungen, Einstellung der Young-Jahrlinge, Aufhebung des „Rot-Front“-Verbots, Anträge betreffend die Not der Erwerbslosen und Aufhebung der Schlichtungsordnung.

Abg. Dr. Fritsch (Natz.) [in Faschistentradition] scheint eine Gegenrede zu halten, wird jedoch von den Kommunisten vollständig niedergedrückt.

Abg. Dr. Everling (Dnat.) beantragt, einen Amnestieantrag auf die Tagesordnung zu stellen.

Nachdem der Alterspräsident noch mitgeteilt hatte, daß beim

Namensaufruf 556 Reichstagsmitglieder geantwortet haben, und nachdem es zwischen Halenkreuzern und Kommunisten

beinahe doch noch zu einem Raufhandel gekommen

war — Stöhr zog nach rechtzeitig einen seiner Parteigenossen über die Saalmitte vor dem Tisch des Hauses zurück —, wurden sämtliche Änderungsanträge von den Regierungsparteien und der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt, somit durch Mehrheitsbeschluß dem Vorschlag des Alterspräsidenten stattgegeben.

Gegen 16 1/2 Uhr war diese Eröffnungssitzung beendet.

## Ber wird Reichstagspräsident?

### Die Volkspartei für Scholz.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei behandelte am Montagabend in mehrstündiger Sitzung die Frage der Wahl des Reichstagspräsidenten. Sie entschied sich für den Fall, daß von mehreren Fraktionen dem Abgeordneten Dr. Scholz die Wahl zum Reichstagspräsidenten angeboten werden würde, einstimmig für Dr. Scholz zu stimmen.

Die Nationalsozialisten sollen beabsichtigen, den Abg. Straßer für das Amt des Reichstagspräsidenten vorzuschlagen. Es ist jedoch durchaus möglich, daß sie für Scholz stimmen, wenn es zu einem Entscheidungslampf zwischen Löbe und Scholz kommt.

## Eine neue Reichstagsfraktion.

### Nur zum Zweck der Erlangung von Ausschüssen.

Die Reichstagsgruppe des Christlichsozialen Volksdienstes hat der Bildung einer technischen Fraktion mit der Reichstagsgruppe der Konservativen Volkspartei und den ihr angeschlossenen Deutsch-Hannoveranern einstimmig zugestimmt. Diese Fraktion führt den Namen: Volkspartei. Zweck dieser Fraktionsbildung ist die Erlangung von Ausschüssen und der sonstigen geschäftsordnungsmäßigen Fraktionsrechte. Gemeinsame Fraktionsitzungen finden nicht statt. Die neue Fraktion zählt 21 Abgeordnete.

## Gebrochenes Gentlemenabkommen.

Zwischen den Konservativen und der Landvolkspartei bestehen Reinigungsverschiedenheiten über den letzten auf der gemeinsamen Reichstagsliste beider Parteien gewählten Abgeordneten. Auf Grund der ursprünglichen Vereinbarungen der Parteien galten 5 konservative Abgeordnete als gewählt, nämlich die Abgeordneten Graf Bestarp, Trevitomus, von Vindeiner-Wilden, Lambach und Hartmann. Das war nur dadurch möglich, daß die vorher auf der Reichstagsliste gewählten Landvolkspartei-Abgeordneten, wie vereinbart, zum Teil auf ihr Mandat verzichteten. Nun aber hat der Abg. Wönke nicht auf sein Mandat verzichtet. Dadurch hat der konservative Abg. Hartmann sein Mandat mehr erhalten. Die Konservativen zählen also zunächst nur 4 Abgeordnete im Reichstag.

## Kürzung der Spitzengehälter.

### Sozialdemokratische Anträge im Reichstag.

Im Reichstag haben die Sozialdemokraten folgenden Antrag eingebracht:

1. Die Diäten der Mitglieder des Reichstages werden mit sofortiger Wirkung um 20 Prozent herabgesetzt.
2. Die Reichsregierung wird ersucht, dem Reichstag alsbald eine Vorlage auf dementsprechende Kürzung der Bezüge des Reichspräsidenten, der Reichsminister und der Ministerpräsidenten zu unterbreiten mit der Maßgabe, daß die Pensionen den Betrag von 12 000 Mark jährlich unter Anrechnung sonstiger Bezüge nicht übersteigen dürfen.

## Heute Landtagsbeginn.

### Vor lebhaften politischen Debatten.

Im Preussischen Landtag wird es bei Wiederaufnahme der Plenarberatungen am Dienstag zu einer lebhaften politischen Aussprache kommen. Bekanntlich steht der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die preussische Regierung zur Besprechung. Hier wird die Aussprache voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein, während für die weiteren Anträge auf Auflösung des Preussischen Landtages, wegen der parteipolitischen Betätigung der Beamten, gegen das Uniformverbot für die Nationalsozialisten usw. für jede Fraktion eine einstündige Redezeit vorgesehen ist. Vor der Sitzung, die 1 Uhr mittags beginnt, werden die einzelnen Fraktionen Sitzungen abhalten.

## Ein Jahr Gefängnis.

Für die Aufforderung: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“

Södn, 13. Oktober.

Der Schriftleiter Peter Stahl von der hiesigen kommunistischen Zeitung „Sozialistische Republik“ stand unter der Anklage, durch drei Artikel am 13., 16. und 19. Mai dieses Jahres in seinem Blatt zu Gewalttätigkeiten aufgereizt zu haben, indem er die Mitglieder der kommunistischen Partei aufforderte, den Aufmarsch der Nationalsozialisten durch Befolgung der in Frage kommenden Strafen unmöglich zu machen. Zugleich hatte er in den drei Artikeln aufgefordert, die Faschisten zu schlagen, wo man sie treffe. Der Angeklagte verteidigte sich damit, daß seine Ausführungen in den angeführten Aufträgen doch nur im übertragenen Sinne zu verstehen gewesen seien. Das Gericht lehnte diese Auslegung ab und verurteilte Stahl wegen sorgfältigen Vergehens gegen das Republikgesetz in Tateinheit mit Vergehen gegen den § 20 des Pressegesetzes zu einem Jahr Gefängnis. Der Angeklagte wurde sofort verhaftet.

In Wien verbot die Nationalsozialisten am Sonntag entgegen dem polizeilichen Aufmarschverbot einen Umzug zu veranstalten. Als sie der Aufforderung der Polizei, jede Demonstration zu unterlassen, nicht Folge leisteten, gingen die Beamten mit dem Gummistock gegen die Demonstranten vor. Sechs Halenkreuzer und ein Polizeibeamter wurden verletzt.

## Nach Curtius Bredt.

Rücktritt und Wiedereintritt des Reichsjustizministers.  
Neuer Krach im Brüning-Kabinett.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat am Montag beschlossen, den von ihr gestellten Reichsjustizminister Dr. Bredt um seinen Rücktritt zu ersuchen. Die Wirtschaftspartei ließ dieses Ersuchen in einem Brief des Bädermeisters Drewitz an den Reichskanzler begründen.

Die Ursache dieses Briefes ist in Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichsjustizminister Dr. Bredt und seiner Fraktion, dann aber auch in der Absicht zu suchen, eine Reichsregierung mit Einschluß oder Unterstützung der Nationalsozialisten zu ermöglichen. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei ist mit ihrem Fraktionsmitglied Bredt in seiner Eigenschaft als Angehöriger des Kabinetts schon lange unzufrieden. Man beschuldigt ihn vor allem mangelnder Aktivität und führt darauf zurück, daß Bredt für die Hausbesitzer und den Mittelstand vom Typ des Bädermeisters Drewitz nicht mehr erreicht hat, als erreicht worden ist. Aus diesem Grunde will man ihn loswerden und ihn durch einen „Fachminister“ ersetzen, der noch besser als Bredt einseitige Interessentpolitik zu treiben versteht.

Der Vorstoß der Wirtschaftspartei gegen ihren eigenen Minister ist zunächst gescheitert. Der Reichspräsident hat, nachdem ihm der Brief der Wirtschaftspartei an den Reichskanzler bekannt wurde, den Standpunkt vertreten, daß nicht die Fraktionen des Reichstages, sondern nur die Minister zu ernennen und zu entlassen habe. Der Reichsjustizminister hat daraufhin von dem ihm nahegelegten Rücktrittsgesuch Abstand genommen. Seine Fraktion hat sich mit dieser Unterlassung unter der Einwirkung des Reichspräsidenten abgefunden. Auf wie lange, ist eine andere Frage.

Die Forderung der Wirtschaftspartei ist symptomatisch für die politische Situation, in der wir uns zur Zeit befinden. Bevor die Wirtschaftspartei zu ihrem Vorstoß gegen den eigenen Minister und gegen das Kabinett Brüning schritt, versuchte die Volkspartei aus der Regierung auszubrechen. Ähnliche Stimmungen wie in der Volks- und Wirtschaftspartei sind bei der durch den Minister Schiele im Kabinett vertretenen Landvolkpartei zu verzeichnen. Auch sie möchte sich lieber heute als morgen von der Regierung Brüning distanzieren. Angesichts dieser Zustände war es bisher nur unter dem stärksten Druck des Reichspräsidenten möglich, die Regierung Brüning in ihrer gegenwärtigen Zusammenfassung zu halten.

## Reichsrat und Ueberbrückungskredit.

Die Kassenlage des Reiches.

Berlin, 13. Oktober.

Der Reichsrat ist am Montagabend zu einer Sitzung einberufen worden, in der der Entwurf eines Gesetzes über die Schuldentilgung auf der Tagesordnung stand. Der Berichtserkatter, Ministerialdirektor Dr. Bredt, machte dazu folgende Ausführungen:

Das Programm der Reichsregierung geht davon aus, daß der Fehlbetrag des Reiches im Laufe dieses Rechnungsjahres nicht mehr entscheidend herabgedrückt werden kann. Inzwischen leidet dadurch die Kassenlage. Der Kassenbedarf betrug zum Anfang des Haushaltsjahres noch 1675 Millionen (nämlich 800 Millionen durch Anleihe noch nicht gedeckter außerordentlicher Ausgaben aus früheren Jahren, 465 Millionen Defizit von 1923 u. 1929 u. 500 Millionen normaler Umlaufbedarf). Bei der Einhaltung des Haushalts 1930 wäre der Kassenbedarf auf 800 Millionen gesunken (infolge Deckung von 500 Millionen außerordentlicher Ausgaben durch die Kreuzer-Anleihe und der Defizite von 1928 und 1929 durch den Haushalt). Durch das neue Defizit kann jedoch im Laufe des Winters ein Bedarf von 650 bis 900 Millionen hinzukommen — so daß der Bedarf wieder auf 1550 bis 1700 Millionen steigen könnte.

Unter diesen Umständen wird ein Ueberbrückungskredit erforderlich, der in Höhe von rund 525 Millionen Mark in Aussicht steht. Dadurch werden die Kassenbedürfnisse des Reiches wesentlich herabgesetzt. Sie können allerdings am Schlusse des Jahres auch dann immer noch auf über eine Milliarde steigen, von denen 500 Millionen durch die laufenden Schatzwechsel und Reichsbankkredit, weitere 100 Millionen durch Ueberbrückung und ein erheblich weiterer Betrag durch kurzfristige Kredite der Post und Reichsbahn gedeckt werden können, während für den Rest anderweitige Geldbeschaffung nötig bleibt.

Eine Aussprache fand nicht statt; nur vom Lande Thüringen wurde Stimmhaltung erklärt. Der Gesetzentwurf wurde durch Mehrheitsbeschluß für angenommen erklärt.

## Antisemitismus im Gerichtssaal.

Einschreiten des preussischen Justizministers.

Es gehört zur Praxis der Halbkreuzer vor Gericht, jüdische Richter, Schöffen oder Geschworene wegen Befangenheit abzulehnen. Einige Halbkreuzeranwälte stellen vor Beginn der Verhandlung Verhöre über Konfession und Parteizugehörigkeit von Richtern oder Schöffen an — und es hat Richter gegeben, die sich darauf eingelassen haben. Diesem Unfug soll nun ein Ende gemacht werden.

Der preussische Justizminister weist in einer allgemeinen Verfügung vom 6. Oktober d. J. darauf hin, daß ein solches Verlangen jeder Rechtsgrundlage entbehre. Nach § 24 Abs. 3 Satz 2 der Strafprozeßordnung habe der zur Ablehnung Berechtigte nur das Recht, die Ramifikation der zur Mitwirkung bei der Entscheidung berufenen Gerichtspersonen zu verlangen. Hierunter seien aber Angaben über die politische Einstellung, die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft, die Abstammung oder sonstige persönliche Verhältnisse der Richter nicht zu verstehen. Für sich allein vermöge auch die Parteistellung eines Richters, seine Konfession und seine Abstammung, wie das Reichsgericht wiederholt ausgesprochen habe, die Befangenheit nicht zu rechtfertigen. Bei Beurteilung eines Ablehnungsgesuches komme es darauf an, ob der Angeklagte bei verständiger Würdigung der Sachlage Grund zu der Befürchtung habe, der Richter werde in seinem Urteil nicht unvoreingenommen sein. Deshalb bedürfe es zur Begründung einer Ablehnung der Anführung besonderer, aus der Lage des Einzelfalles geschöpfter Mißtrauensgründe, die außerdem glaubhaft zu machen seien. Hinsichtlich der politischen Parteistellung oder der sonstigen persönlichen Verhältnisse des Richters insbesondere sei vom Standpunkt eines verständigen Angeklagten ein Grund zur Ablehnung nur dann ge-

# Kampf der Wirtschaftskrise!

Programmatifische Entschließung des ADGB. — Preisentzug. — Arbeitszeitverkürzung. — Reparationspolitik.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes schloß auf seiner Tagung am 12. und 13. Oktober 1930 einstimmig folgende Entschlüsse:

Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat eine Weltwirtschaftskrise von solchem Ausmaß erzeugt, daß alle mit dem Weltmarkt verbundenen Länder aufs schwerste getroffen sind.

Deutschland ist mit seinen drei Millionen Erwerbslosen besonders in Mitleidenschaft gezogen. Seine Verarmung infolge des Krieges, sein hoher Preisstand infolge der Zoll-, Agrar- und Kartellpolitik, seine Kapitalnot, die verschärft wird durch die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland, und seine drückenden Reparationslasten charakterisieren die besondere Schwere seiner wirtschaftlichen Lage.

In dieser Notzeit muß Deutschland auch besondere Notmaßnahmen treffen, um die wachsende Arbeitslosigkeit zu bannen und der Bedrohung breiter Volksmassen entgegenzuwirken.

Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik, wie auch das neue Programm der Reichsregierung erfüllen die notwendigen Erfordernisse nicht.

Die Politik der Lohnsenkung und der gleichzeitigen Steigerung der Lebensmittelpreise sind nicht miteinander vereinbar. Das Ergebnis dieser zwiespältigen Wirtschaftspolitik läuft auf die Senkung des Reallohnes und damit der Kaufkraft hinaus. Senkung des Reallohnes und der Kaufkraft aber hindert die Ueberwindung der Wirtschaftskrise und macht sie zum Dauerzustand.

In der Aufrechterhaltung hoher Warenpreise liegt ein verhängnisvoller Fehler der Wirtschaftsführung. Die überhöhten deutschen Preise müssen an die Weltmarktpreise angeglichen werden durch gefällige Kontrolle der Kartelle und Befämpfung aller überhöhten Preise überhaupt, in erster Linie der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände.

Besonders notwendig hierfür ist eine Revision der jetzigen Agrarpolitik, insbesondere die Befreiung der überhöhten Zölle.

Entgegen den Plänen der Regierung zur Neuordnung der Wohnungswirtschaft hält der Bundesausschuß es für dringend notwendig, daß der bisherige Betrag von 850 Millionen Mark Hauszinssteuergebern dem Wohnungsbau verbleibt, daß eine bessere Ausschöpfung des Aufkommens der Hauszinssteuer und ihrer Rückflüsse erfolgt, daß die Hauszinssteuer zu einer langfristig liegenden Quelle der Finanzierung des Wohnungsbauwesens umgestaltet wird, daß die stoffliche Beanspruchung des Baumarktes durch konsequente Durchführung eines mehrjährigen Wohnungsbauprogramms nötigenfalls unter Zuhilfenahme ausländischer Kredite, beseitigt wird und daß der Mieterchutz bis zu seiner Ueberleitung in ein soziales Wohn- und Mietrecht aufrecht erhalten bleibt.

Bei der Bedeutung der öffentlichen Hand als Auftraggeberin für die gesamte Wirtschaft sind alle Hemmnisse zu beseitigen, die die Kreditbeschaffung erschweren.

Die Krise des Arbeitsmarktes, deren weitere Verschärfung in den nächsten Wochen und Monaten bevorsteht, die aus der Arbeitslosigkeit erwachsende Verelendung und Verzweiflung der Massen fordern gebieterisch, alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft für die Entlastung des Arbeitsmarktes einzusetzen. Die bisherigen Methoden zur Behebung der Krise haben versagt. Neue Wege müssen beschritten, neue Entschlüsse gefaßt werden.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit verlangt vor allem eine Verkürzung der Arbeitszeit, die entsprechend der gesteigerten Produktivität der Wirtschaft und der Leistung des einzelnen eine gerechte Verteilung der Arbeitsgelegenheit sichert.

Der Bundesausschuß fordert infolgedessen eine gefällige allseitige Arbeitswoche solange, bis der Arbeitsmarkt entlastet ist, unter gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Zwanges zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaße der Arbeitszeitverkürzung, zur Meldung offener Stellen und Benennung der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Zum Lohnausgleich sind für den Uebergang die freierwerbenden Unterstützungsmittel mit heranzuziehen.

Die Zulassung von Ueberstunden ist auf die dringlichsten

Ausnahmefälle zu beschränken mit der Bestimmung, daß der Unternehmer für jede Ueberstunde einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung abzuführen hat.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes ist weiterhin erforderlich die Anrechnung des Arbeitsentgeltes auf alle Pensionen und Wartegelder, soweit ihre Empfänger in beruflicher Arbeit stehen.

Der Bundesausschuß fordert weiter die Befreiung der schweren Ungerechtigkeiten, die in dem sozialpolitischen Teil der Notverordnungen enthalten sind. Er verlangt darüber hinaus zur Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge die Aufrechterhaltung der Darlehenspflicht des Reiches und die Einsetzung der notwendigen Summen in den Reichsetat. Die Krisenfürsorge muß auf alle Berufe und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden.

Angesichts der heutigen schwierigen Wirtschaftslage Deutschlands stellen die bestehenden Reparationslasten, deren Maß schon längst die Wiederherstellung der durch den Krieg verursachten Schäden überschritten hat, eine Bürde dar, die das wirtschaftliche, das soziale und das staatliche Leben auf das äußerste gefährdet.

Die deutschen Gewerkschaften sind schon vor einem Jahrzehnt für die Annulierung der internationalen Kriegsschulden eingetreten. Diese grundsätzliche Haltung haben die Gewerkschaften niemals aufgegeben. Nur um die unberechenbaren Folgen der Sanktionspolitik der ersten Nachkriegsjahre abzumehren und in den Grenzen des Möglichen die günstigsten Bedingungen für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und die politische Bewegungsfreiheit des deutschen Volkes zu schaffen, haben auch sie der Uebernahme dieser schweren Bürde zugestimmt.

Sie haben aber niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß das Ziel der deutschen Politik die Revision der Reparationsabkommen und die Wiederherstellung der vollen Souveränität des deutschen Volkes sein muß.

Es steht fest, daß die Milliarden, die Deutschland an seine Gläubiger zu zahlen hat, nicht nur eine der Ursachen der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Deutschland, sondern auch der Störungen in der Weltwirtschaft sind. Deshalb ist es ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht, diese Hemmnisse einer gesunden weltwirtschaftlichen Entwicklung auszuheben.

Die deutsche Arbeiterschaft, die stets aufrichtig für einen dauernden und gerechten Frieden eingetreten ist, fühlt sich jetzt gerade aus diesem Grunde zu dieser ersten Mahnung berechtigt und verpflichtet. Die schwere Reparationsbelastung gefährdet nicht nur die Bewegungsfreiheit der deutschen Wirtschaft und damit die sozialen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft, sondern sie erschwert die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise, unter deren verhängnisvollen Folgen die Arbeiterschaft der gesamten Welt heute leidet.

Die Gewerkschaften sind und bleiben der harte Schutzwall gegen soziale Not und Bedrückung; sie vertreten das Recht der Arbeiterschaft auf entscheidende Mitwirkung in Staat und Wirtschaft. Sie nehmen dieses Recht, gestützt auf ihre im Vertrauen der Arbeiterschaft begründete Macht auch jetzt für sich in Anspruch. Mit unerschütterlicher Zuversicht in die bestellende Kraft der Arbeiterbewegung treten fünf Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen ein für die Stärkung der Gewerkschaften, für die Erfüllung ihrer Forderungen. Die Arbeiterbewegung hat in den Jahrzehnten ihrer Geschichte mehr als einmal den Druck wirtschaftlicher und politischer Gegenkräfte siegreich überwunden, die unvergleichlich fester gegründet waren als die, von denen gegenwärtig Freiheit und Recht des werktätigen Volkes bedroht sind. Der Aufstieg der Arbeiterschaft kann zwar durch reaktionäre Gewalten, deren Streben in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise einen günstigen Nährboden findet, vorübergehend gehemmt werden, jedoch der Wille der Arbeiter und die Kraft ihrer Organisationen wird auch diese Widerstände überwinden.

geben, wenn besondere Umstände befürchten ließen, daß politische oder sonstige Gegenjählichkeit die Unparteilichkeit des Richters gerade ihm gegenüber nachteilig beeinflussen könnten.

Der Justizminister ersucht die Beamten der Staatsanwaltschaft, diese Gesichtspunkte bei ihren Anträgen und Zeuherungen nachdrücklich zur Geltung zu bringen.

## Neue Verhaftungen in Polen.

Erfundener Attentatsplan als Vorwand.

Warschau, 13. Oktober. (Eigenbericht.)

Endlich hat die Pilsudski-Polizei einen handfesten Grund gefunden, um ihre Gewaltmaßnahmen gegen die demokratische Opposition und besonders gegen die Sozialistische Partei zu begründen. Sie läßt heute abend nämlich die „Enthaltung“ veröffentlichen, daß innerhalb der Sozialistischen Parteiorganisation ein Attentatsplan gegen mehrere Regierungsmitglieder, darunter gegen Marschall Pilsudski selbst, verbreitet wurde. Der fündigen Polizei sei es aber gelungen, diesen Plan rechtzeitig zu entdecken und die Urheber zu verhaften.

Das einzig Richtige an dieser ungeheuerlichen Behauptung ist die Tatsache der neuen Verhaftungen, die ganz erhebliches Ausmaß angenommen haben und außer Warschau auch einzelne Provinzorte bis nach Thorn hin umfassen.

Verhaftet wurden sogar gewisse Vorkämpfer der polnischen sozialistischen Bewegung und der polnischen nationalen Unabhängigkeitskämpfe wie der Mitbegründer der Partei, Genosse Poettiewicz und der mehr als 70jährige Genosse Michalak.

Eine Extraausgabe des „Robotnik“, in welcher festgestellt wurde, daß die ganze Attentatsbeschuldigung Unfug sei, wurde sofort beschlagnahmt.

Tatsächlich haben die polnischen Sozialisten wie alle anderen Sozialdemokratischen Parteien der Welt in der Republik immer nur

legale und unblutige Kampfmittel empfohlen. Die Zeiten der Zarenherrschaft, in denen sie unter Führung Pilsudskis auch Attentate ausführten, gälten als historisch abgeschlossen. Es scheint der Pilsudski-Polizei vorbehalten zu sein, sie wieder zu erwecken.

## Regierungsniederlage in Rybnik.

In Rybnik in Polnisch-Oberschlesien fanden gestern Kommunalwahlen statt. Die polnischen Oppositionsparteien erhielten 3925 Stimmen oder 14 Mandate, die Deutsche Bauerngemeinschaft 2009 Stimmen oder 7 Mandate, die Regierungsparteien (Sanacja) 2365 Stimmen oder 7 Mandate. Die Deutsche Bauerngemeinschaft hat ihre bisherigen Mandatsziele wiederum behauptet. Dagegen haben die polnischen Oppositionsparteien fast 30 Proz. Stimmengewinn gemacht, während die Sanacja einen starken Stimmenverlust zu verzeichnen hat.

## Macdonalds Dank an Deutschland.

Durch Edener übermittelt.

London, 13. Oktober.

Dr. Edener ist am Montag nachmittag wieder nach Deutschland abgeflogen. Der Ministerpräsident Macdonald hat ihm und dem deutschen Volke in einem Telegramm für die tiefe Anteilnahme gedankt, die er und Deutschland bei dem Unglück des „R 101“ gegenüber England gezeigt hätten. Die Anwesenheit Dr. Edeners und Schillers bei den Feierlichkeiten in London und Bedford sei ein klarer Beweis für die Bande, die die Luftfahrer aller Länder umschlinge.

Der Fremdeprozeß Fahlbusch wieder verlagert. Wie wir erzählen, ist die Hauptverhandlung in dem Fremdeprozeß Fahlbusch, die auf den 15. Oktober vor dem Schwurgericht des Landgerichts III anberaumt worden war, wieder verlagert worden, und zwar mit Rücksicht auf die bevorstehenden Annahmeverhandlungen im Reichstage.

# Ein Arbeitsgerichts-Vorsitzender.

Der wochenlang die Entscheidung über seine einstweilige Verfügung verschleppt.

In der Hamelner Metallindustrie kündigte der Arbeitgeberverband im April zu Anfang Mai die Tarifverträge, um einen Lohnabbau vorzunehmen. In Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Deutschen Metallarbeiterverband kam es zu keiner Verständigung. Der Arbeitgeberverband rief den Schlichtungsausschuss an, der dem Antrag des Arbeitgeberverbandes nicht folgte. Der Deutsche Metallarbeiterverband beantragte die Verbindlichkeitsklärung des gestellten Schiedsspruches, die jedoch von dem zuständigen Schlichter Dr. Böllers abgelehnt wurde.

Da nunmehr ein tarifloser Zustand eingetreten war, gingen die Kärzener Maschinenfabrik und einige andere Werke dazu über, den beabsichtigten Lohnabbau betriebsweise durchzuführen. Als es bei der Kärzener Maschinenfabrik auch zwischen dem Betriebsrat bzw. der Belegschaft und der Betriebsleitung zu keiner Verständigung kam, wurde deren gesamte Belegschaft zum 1. September ausgesperrt.

Die Verwaltungsstelle Hameln des Deutschen Metallarbeiterverbandes trat gegen diese Aussperrung ihre Maßnahmen, indem sie die ausgesperrten Mitglieder unterstützte, Streikposten vor den Eingängen der Fabrik aufstellte, auch in Tageszeitungen auf den Arbeitskampf hinwies und vor Eintritt in den Betrieb warnte. Nunmehr beantragte die Kärzener Maschinenfabrik beim Arbeitsgericht den

## Erlaß einer einstweiligen Verfügung

gegen den Deutschen Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Hameln, mit dem Ziele, ihr jegliche Abwehrmaßnahmen gegen die vorgenommene Aussperrung zu verbieten.

Der Vorsitzende des Hamelner Arbeitsgerichts erließ ohne vorgängige mündliche Verhandlung lediglich auf den schriftlichen Antrag des Arbeitgebers eine einstweilige Verfügung, in der der Verwaltungsstelle Hameln des Deutschen Metallarbeiterverbandes bei Vermeidung einer vom Gericht für jeden Fall festzusetzenden Geld- oder Haftstrafe verboten wurde,

selber oder durch dritte Personen Arbeitswillige durch Willensführung, insbesondere private oder öffentliche Kundgebungen, von der Annahme oder Wiederaufnahme der Arbeit fernzuhalten, die Zugänge zum Betrieb durch Überwachungsposten zu besetzen, in Zeitungen, Flugblättern oder Anschlägen Aufforderungen zu erlassen, welche sich gegen den Betrieb der Kärzener Maschinenfabrik richten.

So skandalös und jeder rechtlichen Grundlage entbehrend diese einstweilige Verfügung ist, sie wird noch übertroffen durch die geradezu leichtfertige Art der Begründung, die von dem Vorsitzenden des Arbeitsgerichts gegeben wurde. Welt durch das Verhalten des Deutschen Metallarbeiterverbandes „die Beforgnis gerechtfertigt“ sei, daß der infolge der Tariflosigkeit bestehende Zustand beherrschender Vertragsfreiheit durch boykottähnliche Maßnahmen des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu dessen

Gunsten verändert würde, und der Kärzener Maschinenfabrik die Verwirklichung des ihr (auf Grund welcher Rechtsbestimmung?) zustehenden Anspruches auf Unterlassung der Boykottmaßnahmen vereitelt oder erschwert würde, rechtfertigte sich der Erlaß der einstweiligen Verfügung, denn das Verhalten des Deutschen Metallarbeiterverbandes sei rechtswidrig, da die frühere Tarifgebundenheit nicht mehr bestünde, auch entgegen der Behauptung des Deutschen Metallarbeiterverbandes keine Aussperrung vorliege, weil das Arbeitsverhältnis frist- und formgerecht aufgekündigt sei.

Die Verwaltungsstelle Hameln des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat gegen diese einstweilige Verfügung sofort Widerspruch erhoben. Die einstweilige Verfügung ist datiert vom 4. September 1930, der Widerspruch des Deutschen Metallarbeiterverbandes trägt das Datum des 8. September 1930.

Obwohl es sich um eine Arbeitskampsache handelt, in der der Erlaß einer einstweiligen Verfügung ergangen ist, obwohl das arbeitsgerichtliche Verfahren getragen ist vom Grundsatz allergrößter Beschleunigung, die natürlich bei Arbeitskampsachen ganz besonders geboten ist, hat der Vorsitzende des Arbeitsgerichts zu Hameln

den Widerspruch des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit einer geradezu pflichtwidrigen Nachlässigkeit behandelt.

Zumindest bis zum 6. Oktober, also fast einen Monat nach Stellung des Antrages, ist beim Deutschen Metallarbeiterverband die Klage des Arbeitgeberverbandes nicht eingegangen.

Nicht nur, daß der Vorsitzende des Arbeitsgerichts zu Hameln dem Antrag des Deutschen Metallarbeiterverbandes nicht stattgab, der Gegenseite aufzugeben, innerhalb einer bestimmten Frist die Klage zur Hauptsache am Gericht zu erheben, hat er auch auf den Widerspruch gegen die einstweilige Verfügung

wochenlang keinen Verhandlungstermin angesetzt.

Erst in den ersten Tagen des Oktobers hat es der Vorsitzende des Arbeitsgerichts zu Hameln für notwendig befunden, Termin zur Verhandlung anzuberaumen, und er hat diesen Termin dann noch auf den 14. Oktober hinausgeschoben. Der Widerspruch des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegen die am 4. September erlassene einstweilige Verfügung kommt also glücklicherweise 6 Wochen später, am 14. Oktober, zur Verhandlung.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat unter dem 29. September beim Landgerichtspräsidenten zu Hannover Dienstaufsichtsbeschwerden geführt. Es ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß erst auf Grund dieser Dienstaufsichtsbeschwerden der Herr Vorsitzende des Arbeitsgerichts zu Hameln es überhaupt für notwendig hielt, Termin anzuberaumen. Ueber diese Dienstaufsichtsbeschwerden hinaus wird aber der Deutsche Metallarbeiterverband den sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages und des Preussischen Landtages das Material überlassen, damit sie ihrerseits den Justizministern Gelegenheit geben können, sich zu dieser Art Arbeitsgerichtspflege zu äußern.

# Der Kampf der Bauschlossler.

Mustergültige Disziplin der Streikenden.

Die Berliner Bau- und Gelbschlossler nahmen Montagabend in den „Brachflächen am Märchenbrunnen“ in einer von etwa 1200 Mann besuchten Versammlung zum Streik. Der Branchenleiter Becker berichtete zunächst eingehend über die zufriedenstellende Beilegung der Differenz wegen der Sanktionserteilung. Der Streik ist am Sonnabend vom Hauptvorstand vollstreckt worden.

Im Streik stehen außer den Arbeitern der beiden Betriebe A. de. Automaten und Fuhrmann 1300 Beschäftigte in 32 Betrieben, die fast sämtlich organisiert sind. Der Kampf wird mit einer mustergültigen Disziplin geführt. In den bestreikten Betrieben arbeitet nicht ein einziger Streikbrecher.

In mehreren Betrieben haben die Betriebsleitungen versucht, mit den Betriebsräten Abmachungen über die Wiederaufnahme der Arbeit zu treffen, die Betriebsräte haben es jedoch abgelehnt, darauf einzugehen. Der Branchenleiter forderte die Betriebsräte auf, sich in solche Verhandlungen nicht erst einzulassen, sondern darauf zu bestehen, daß zu jeder Verhandlung Vertreter der Organisation und der Zentralstreikleitung hinzugezogen werden.

Mit aller Schärfe wandte sich der Branchenleiter Becker, der wegen seiner parteipolitisch unbeeinflussbaren Gewerkschaftsarbeit aus der SPD. ausgeschlossen wurde, gegen die lügenhaften Artikel der „Roten Fahne“ und der kommunistischen Betriebszeitung von Aden-Knecht über den Streik der Bauschlossler. Durch die Verleumdungen, wie sie in diesen Zeitungen über die führenden Mitglieder der Branchenkommission ausgeübt wurde, wird die für einen Kampf so dringende notwendige Einheit in der Branche bestimmt nicht gefördert.

Der Branchenleiter schloß seinen Bericht mit einem Appell an die sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Mitglieder der Bauschlosslerbranche, während des Kampfes alles politische Trennende auszuschalten und in einer gewerkschaftlichen

Einheitsfront zusammenzustehen, im Kampfe gegen das einseitige Unternehmertum.

Wenn auch die anschließende Diskussion durch das „revolutionäre“ Phrasengebimmel einiger Redner sowie durch persönliche Äußerungen verschiedener Mitglieder der Branchenkommission etwas getrübt wurde, kam in der Versammlung ein vorbildlicher Kampfesgeist und die bewährte traditionelle Geschlossenheit der Bauschlossler in gewerkschaftlichen Fragen zum Ausdruck. Die Versammlung wählte zum Schluß eine Zentralstreikleitung, die aus den Mitgliedern der Branchenkommission und Funktionären der Großbetriebe zusammengesetzt wurde.

# Wie die Eisenbahner belogen werden.

Von den Kommunisten.

Die „Rote Fahne“ berichtete jüngst, daß die Eisenbahner sich für die Beschlüsse der RSD (Rote Gewerkschafts-Internationale) erklärt hätten, und zwar stützt sich diese Mitteilung auf eine von der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition einberufenen öffentlichen Eisenbahner-Versammlung am 3. Oktober in Hanoverlands Festhallen, in der der Kommunist Berg referierte. Diese Versammlung war von etwa 250 Teilnehmer besucht, also eine Zahl, die im Verhältnis zu den 18 000 Lohnempfängern in Berlin keine Rolle spielt. Uebrigens waren viele dieser Versammlungsbesucher überhaupt keine Eisenbahner.

Berg hat sich weniger mit Eisenbahnerfragen beschäftigt, von denen er nichts versteht, sondern ein großes Klagebild über die Finanzen der RSD. gezeichnet. Er verlangte, seine Anhänger müßten nunmehr Dienststellensammlungen einberufen, um die Arbeiter zum korporativen Beitritt in die RSD. reif zu machen.

Von dem dem Einheitsverband der Eisenbahner angehörenden Mitgliedern wurde verlangt, nicht auszutreten, sondern eifrig für die RSD. zu werben, weil durch diese Methode das immer noch feste Gefüge der freien Gewerkschaften langsam „zerstört“ wird. Eine besonders Rolle spielte in dieser Versammlung wieder der vom Ein-

heitsverband der Eisenbahner Deutschlands ausgeschlossene Jörg, der über das Krankenkassenystem der Deutschen Reichsbahn redete, mit dem Erfolg, daß ein Teil der Versammlungsbesucher den Saal verließ, was ihm auch ein gewisser Henrich zum Vorwurf machte. Im übrigen propagierte Jörg, der auch Bezirksbetriebsratsmitglied der Rbd. Berlin ist, die Einheitsfront der Eisenbahner in der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ mit allen möglichen Mitteln und Methoden zu organisieren.

Wenn die „Rote Fahne“ in dieser Versammlung einen großen Fortschritt für die RSD. sieht, so muß man sich über eine ziemliche Bescheidenheit bei ihr wundern. Die Anhänger der RSD. im Reichsbahnbetrieb finden nach wie vor unter den Eisenbahner wenig Anhang.

Das ging aus dem Klagebild des Referenten Berg hervor, daß es wenig oder gar keine „roten Vertrauensmänner“ unter den Eisenbahner gäbe.

Nun, die Eisenbahner lassen sich nicht von lügnersischen Berichten der „Roten Fahne“ einsaugen. Sie werden dafür sorgen, daß das feste Gefüge des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands nicht von Demagogen und sach- und sachunkundigen Moskowitern unterminiert wird.

# Altersgrenze für Kinderarbeit.

Das Achtstundentag-Abkommen.

Brüssel, 13. Oktober.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts befaßte sich mit dem Bericht, den der Direktor über die Tätigkeit des Arbeitsamts erstattet hat. Die bei dem Amt registrierten Klassifikationen von Abkommen betrafen sich auf 407 gegenüber 389 im vorigen Tätigkeitsbericht. Eine lange Debatte entspann sich über den Teil des Berichts, der sich mit der Frage der Altersgrenze für die Zulassung von Kindern zur Arbeit in nichtindustriellen Berufen beschäftigt. Es wird darin vorgeschlagen, die Altersgrenze auf vierzehn Jahre festzusetzen. Die Aussprache endete damit, daß dieser Vorschlag gebilligt wurde. Der Vertreter der großbritannischen Regierung teilte mit, daß seine Regierung nach wie vor entschlossen sei, so rasch wie möglich alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag durch England zu ermöglichen. Der Bericht des Direktors wurde in seiner Gesamtheit genehmigt.

# Die Landarbeiter-Internationale.

In Kopenhagen tagt zur Zeit der Vorstand der Internationalen Landarbeiter-Föderation. Im Mittelpunkt der Erörterungen steht die Verhaftung Krapinskis, des Vorsitzenden des polnischen Landarbeiterverbandes. Für den internationalen Kongress der Föderation, der in Warschau abgehalten werden sollte, wird in Kopenhagen ein neuer Termin anberaumt werden.

# Achtung! Bauarbeiter!

Die Firma Wilhelm Bente, Charlottenburg, Baustellen: Lichtenberg, Kubornstraße und Rudolf-Keusch-Straße an der Normannenstraße, Baufirma Bosswau u. Knauer, 11 für Kolschepurger und Träger wegen Nichterhaltung des Tarifvertrages für städtegewerbliche Arbeiten gesperrt. Baugewerkschaft Berlin, Fachgruppe St.- und Gipsbau.

# Berliner Gewerkschaftsschule.

Heute, 19 Uhr, beginnen folgende Kurse der Berliner Gewerkschaftsschule: Gew. 3. Einführung in gewerkschaftliche Grund- und Organisationsfragen. Lehrer: Fritz Friede. Unterrichtsraum der Berliner Gewerkschaftsschule, Engelw. 24-25, II. Hof, 1. Treppe rechts. Gew. 5. Volkswirtschaftliche Arbeitsgruppe für Kaufleute. Lehrer: Dipl. Volkswirt Wilhelm Hülsemann. Unterrichtsraum: Sitzungszimmer des Buchhändlerverbandes, Engelw. 24-25, Aufgang C III. Gew. 4. Die berufstätige Frau im öffentlichen Leben. Lehrerin: Maria Dobanin. Gew. 6. Volkswirtschaftliche Arbeitsgruppe für Kartographen. Lehrer: Dr. Otto Suhr. Diese beiden Kurse finden im Sophien-Saal, Weinmeisterstr. 16-17, statt. Gew. III. Sozialpolitisches Seminar. Leiter: Otto Pech. Das Seminar tagt im Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz 27.

Achtung, Kollegen und Genossen der RSD. Am Donnerstag, dem 18. Oktober, 19 1/2 Uhr, im großen Saal der Kommerz, Teilamer Straße 1-4, große Kundgebung aller SPD-Genossen mit Kampfsitzungen. Es spricht Reichstagsabgeordneter Siegfried Kufhäuser über das Thema: „Unser Ziel haben auch der Wohl“. Der Organisationsrat der RSD. hat seine Mitwirkung angefragt. Wie Genossen müssen erscheinen und Güter mitbringen. Mitgliedsbuch und Parteipassierschein legitimiert. Das Betriebssekretariat. Der Fraktionsvorstand der SPD.

# Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Dienstag, 19 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Erythra: Gruppenheim, Schule, Lindenbuckstr. 33-34 (Sitzzimmer), Sauerstr. 10. Dumbelst: Jugendheim Braun-Eds, Lützowstr. 10. Die neue Rotenordnung: - Spanbau: Gruppenheim, Siedt, Lindenbuckstr. 11. Kartag: „Die Frau in der Sozialpolitik“. - Franziskus-Werk: Jugendheim, Kauerstr. 18. Kartag: „Die revolutionäre Gewerkschafts-Opposition“. - Eichenberg: Jugendheim, Dörfstr. 22. Barock: Barock- und Gewerkschaften. - Res-Eichenberg: Jugendheim, Gunterstr. 44. Eichenberg: „Sozial ein und jetzt“. - Panlow: Gruppenheim, Panlow, Kriegerstr. 48. Kartag: „Generische Gewerkschaften“. - Eichenberg: Gewerkschaftsheim, Engelw. 24-25, Saal 11 des Fabrikarbeiterverbandes. Unsere Forderungen 1930 im Bild. - Karten für die Jugendbeiratswahl der Volkshilfe am 9. November sind schon jetzt in der Jugendzentrale zu haben.

# Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, 19 1/2 Uhr, folgende Veranstaltungen: Rothwest: Jugendheim, Heckerstr. 18-19. Kartag: Die Entwicklungslinien der heutigen kapitalistischen Wirtschaft. Referent: Erwin Dunsel. - Eichenberg: Jugendheim, Gunterstr. 44. Ausprobieren: „Aus München mit Hans“. - Ered: und Bewegungsgeschichte: Verhandlungsbuch für 10 Uhr in der Turnhalle der Schule, Paratzer Str. 9. Leitung: Otto Talemann.

Verantwortlich für Politik: Oskar Schiff; Wirtschaft: G. Klingelbiller; Gewerkschaftsbewegung: H. Kötter; Familien: Dr. John Schilowski; Sozial: und Sonstiges: Fritz Karbatsch; Anzeigen: Ed. Glöckl (Einschick in Berlin). Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin, Brud.: Hermanns-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW. 66, Lindenstraße 8. Preis 2 Bellsgr.

# Jeden Dienstag billige Lebensmittel

Heute:	Obst u. Gemüse	Wurstwaren	Suppenhühner	Fische	Käse u. Fett
<b>Frisch. Fleisch</b>	Kochbirnen große, Pfund 0.22	Dampf- u. Rohwurst 0.98	Pfund von an 88 Pt.	Merlan . . . . . Pfund 0.15	Camembert vollfett, Schmelz 0.23
Schweinekotelett Pfd. 1.10	Musäpfel große . . Pfund 0.24	Schinkenpolnische 1.18		Schellfisch . . . . . Pfund 0.28	Harzerkäse u. Spitzkäse 0.52
Schweinerücken u. Blatt Pfd. 0.94	Tiroler Äpfel . . Pfund 0.28	Landleberwurst Pfund 1.20		Grüne Heringe 2 Pfd. 0.46	Tilsiter vollfett, Pfd. von an 0.78
Lieserl 0.80 Gulasch 1.00	Amerik. Äpfel 0.38 0.45	Mettwurst (Braunschweig. Art) Pfund 1.20		Zander gefroren, Pfd. v. an 0.60	Edamer . . vollfett, Pfund 0.84
Hammel-Vorderfleisch 1.06	Bananen . . . . . Pfund 0.38	Filet- u. Teewurst Pfund 1.65		Leb. Aale u. Karpfen Pfund von an 0.98	Dän. Schmelz Pfund 0.84
Käse mild gesalzen, Pfund 1.04	Rot-, Weiß- u. Wirsing-kohl Pfund 0.03	Schinkenspeck 1 Pfd.-St. Pfund 1.65			Münster Art vollfett, Pfd. 0.98
Rückenfett bratfertig, Pfd. 0.88	Möhren gewaschen, Pfd. 0.04				Margarine Pfund 0.48 0.58
Gehacktes . . . Pfund 0.80	Rote Rüben . . . Pfund 0.05				Molkereibutter Pfund 1.34
Fr. Bratwurst Spezialität Pfund 1.18	Märk. Rübchen Pfund 0.10				Tafelbutter Pfund 1.42 1.56
Kalbshamm u. Brust 0.94	Sellerie . . Pfund 0.10 0.14				

**Räucherwaren**

Makrelen . . . . . Pfund 0.45

Kleier Bücklinge . . . Pfund v. an 0.45

Aale . . . . . Pfund v. an 0.28 2.20

**Enten Poulets Hasen** gestreift u. ausgeworft. Pfund von an 98 Pt.

**Fische**

Merlan . . . . . Pfund 0.15

Schellfisch . . . . . Pfund 0.28

Grüne Heringe 2 Pfd. 0.46

Zander gefroren, Pfd. v. an 0.60

Leb. Aale u. Karpfen Pfund von an 0.98

**Kaffee** frisch geor. Pfund von an 1.90

WERTHEIM

# Der Hafentreckfrawall in der City.

### Was Augenzeugen berichten.

Von einem Augenzeugen wird uns über die Vorgänge in der Leipziger Straße folgendes berichtet: Gegen 14 Uhr kam ein Trupp von 2000 bis 3000 Nationalsozialisten im Pauffschritt, aber nicht in fester Formation, von der Friedrich-Ebert-Straße her über den Potsdamer Platz und weiter über den angrenzenden Leipziger Platz gelaufen. Was die Nazis veranlaßte, ihre Demonstration in so beschleunigtem Tempo durchzuführen, war zunächst nicht recht ersichtlich, denn von der Polizei war weit und breit nichts zu sehen. Es konnte sich also kaum um Abgedrängte vom Reichstag her handeln, vielmehr mußte dieser Trupp ganz planmäßig eingefeßt worden sein.

Unter lauten Rufen „Deutschland erwache“, „Juda verrecke“, wurden Fäuste und Spazierstöcke geschwungen; während die Masse der Demonstranten die den Platz durchschneidende große Fahrstraße und den Bürgersteig benutzte, lief ein Teil an der Wertheimseite um den Platz herum. Was mit der Demonstration bezweckt war, ergab sich alsbald, als die Leipzigerstraße erreicht war:

Die großen Schaufensterheben des Warenhauses Wertheim wurden mit den Stöcken, die man zu diesem Zweck am unteren Ende gepackt hatte, und mit Steinen eingeworfen.

Laut klirrend fielen die Trümmer auf den Bürgersteig. Entsetzt stoben die Passanten auseinander, das Personal des Warenhauses stürzte auf die Straße; in aller Eile wurden die eisernen Schutzgitter an den zerklüfteten Schaufenstern angebracht. Daß es sich um einen planmäßig vorbereiteten Überfall, nicht nur auf das Wertheimische Geschäft, sondern wie sich später zeigte, auch noch auf andere große Geschäfte und Warenhäuser handelte, ergibt sich aus der Tatsache, daß bei Wertheim auch vier große Scheiben im ersten Stock in Trümmer gingen.

Man warf sie mit Steinen ein, und da es schwer ist, auf dem Potsdamer Platz freigelegene Pflastersteine zu finden, so mußten die Steine eben mitgebracht worden sein.

Erst 10 bis 15 Minuten später war ein kleines Ueberfallkommando angekommen, das sich einigen verstreuten Demonstranten entgegenwarf und sie mit dem Gummistock in der Hand an dem Passieren des Leipziger Platzes hinderte. Schließlich trafen stärkere Polizeieinheiten ein, die die Leipziger Straße entlangpatrouillierten.

### Die Helden vom Pflasterstein.

Ein anderer Augenzeuge teilt uns mit: Seit Stunden umstanden Nazis den Reichstag, von Zeit zu Zeit selerlich im Sprechchor losbrüllend. Weil die erwartete Sensation ausbleibt, die Rauern des Reichstags nicht von Goebbels Stimme einfließen, machen sich die SA-Leute schließlich ein Extravolksergebnis: Aus den Anlagen des Tiergartens werden Hecken ausgerissen, Äste abgedrosen und zu Knotenbündeln verarbeitet. Die Herrschaften scheinen sich sehr sicher zu fühlen; endlich aber gelang es der Abspermannschaft der Scharpe, die Massen in die Friedrich-Ebert-Straße abzudrängen. Und die Helden reihen richtig vor dieser Handvoll Scharpen aus, in wilder Flucht die Straße herunterjagend. Im Vorbeigehen werden schnell die Fenster der Konditorei Dobrin eingeworfen — aus der Menge fällt der übliche Schuß, der die Polizei provozieren soll.

Dann geht es im Pauffschritt zum Potsdamer Platz. Der ist leider nur von dem halben Dutzend Beamten des regulären Verkehrsdienstes besetzt, und so gelangen ungefähr zweihundert bis zu Wertheim. Im Nu sind alle Fensterheben eingeschlagen. Aus dem Potsdamer Platz telephoniert inzwischen ein Polizeioffizier vom Straßentelephon um Hilfe. Selbst vor den vier Beamten des Straßendienstes reihen die Trupps von zehn und zwanzig Mann,

die sich immer wieder sammeln, schleunigt aus, sowie einer der Beamten in ihre Nähe kommt.

Um vier bis fünf kommen endlich die herantelephonierten Ueberfallkommandos: Sie finden wenig Arbeit mehr vor, in Scharen reihen die Helden aus, sowie sie sehen, daß vom Potsdamer Platz aus ein Dutzend Tschalos austanzen.

### Säuberung des Potsdamer Platzes.

Die Ansammlungen am Potsdamer Platz dauerten auch in den späten Abendstunden an. Da sich Besonderes an den Straßentreckungen und vor dem Café Vaterland, Gruppen bildeten, die Anlaß zur Ansammlung von Neugierigen gaben, schritt die Polizei zur Säuberung des Potsdamer und des Leipziger Platzes.

Zur besseren Kontrolle des Zulaufs wurde der Ausgang der U-Bahn vor dem Café Vaterland zeitweise geschlossen. Auch in der Leipziger Straße herrschte um diese Abendstunde ein ungewöhnlich starker Fußgängerverkehr, der sich zum größten Teil aus schaulustigen Zusammenstößen. Ebenso waren die Lokale am Potsdamer Platz und in den angrenzenden Straßenzügen stark überfüllt, zumal da sich ein großer Teil der abgedrängten Demonstranten in sie versog und beim Abzug der Polizei wieder auf der Straße auftauchte. Die Polizei hält den Verkehr in dauerndem Fluß.

### Das Reichsbanner wacht.

#### Alarmbereitschaft der republikanischen Schutztruppe.

Sofort nach dem Bekanntwerden der Naziausbreitungen wurden von der Gauleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Berlin-Brandenburg die ersten Alarmvorbereitungen getroffen. In kürzester Frist waren die gesamten technischen Funktionäre benachrichtigt, die nun ihrerseits das Erforderliche veranlaßten.

### Kommunistische Verleumdungen.

#### Der gewohnte Rückzug.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatten sich gestern die Redakteure der „Roten Fahne“, Frau Altmann und Firl wegen öffentlicher Beleidigung des Lichtenberger Stadtverordneten und stellvertretenden Bürgermeisters Stimming zu verantworten. Das in Verleumdungen so bewanderte Blatt hatte Stimming im November vorigen Jahres Korruption vorgeworfen.

Im Zusammenhang mit dieser Verleumdung stand der am 30. Juni d. J. vor dem Schöffengericht Lichtenberg gegen einen gewissen Goldbach verhandelte Beleidigungsprozeß Goldbach, anscheinend der Gewährungsmann der „Roten Fahne“. Er wurde damals wegen Beleidigung Stimmings zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt. Angesichts dieses Urteils erklärte sich in der gestrigen Verhandlung der Verteidiger der Angeklagten Frau Altmann und Firl, Rechtsanwalt Dr. Apfel, zu einem Vergleich bereit. Der Vertreter des Nebenklägers verlangte, daß die Angeklagten die Beleidigung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen. So kam der Vergleich zustande.

Also immer dasselbe: zuerst verleumden, dann sich vergleichen!

Stauben-Gedenkfeier im Reichstag. Für die am Sonntag, dem 19. Oktober, vormittags 11 1/2 Uhr, im Reichstagsgebäude stattfindende Stauben-Gedenkveranstaltung hat Reichsaussenminister Dr. Curtius eine Ansprache angekündigt. Einlaßkarten sind bei der Vereinigung Carl Schurz, Schloss, Portal III, Telefon: E. 1, Berolina 0013, unentgeltlich zu erholen.

### Gegen Krankenscheingebühr.

#### Entscheidung der sozialdemokratischen Rathausfraktion.

Ein besonderer Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich mit der durch die Verordnung der Reichsregierung eingeführten Gebühr für Krankenscheine. Angenommen wurde eine von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion eingebrachte Entschließung, die folgenden Wortlaut hat:

Die durch die Rotverordnung vom 2. August 1930 angeordneten Änderungen in der Krankenversicherung lassen schwere Schädigungen der Volksgesundheit befürchten. Krankenschein- und Arzneigebühr sind geeignet, die Versicherten zur Verschleppung der Krankheitserscheinungen zu verleiten. Folgeerscheinungen wie langfristige Arbeitsunfähigkeit, der sich fast immer längere Arbeitslosigkeit anschließt, frühere Invalvidität oder gar vorzeitiges Ableben führen zur Vermehrung der proletarischen Ardie, die den Gemeinden neue unübersehbare Hilfsmahnahmen auferlegen werden. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht daher den Magistrat, bei der Reichsregierung wegen Aushebung der Rotverordnung vom 2. August 1930, betr. die Änderungen in der Krankenversicherung, energische Schritte zu unternehmen.

### Bluttat in Neukölln.

#### Siebenundsechzigjähriger erschießt zwei Frauen und sich selbst

Eine furchtbare Tragödie spielte sich gestern nachmittag im Hause Mainzer Straße 20 in Neukölln ab. Dort schoß der 67jährige Schlosser Karl Ritsche seine um 5 Jahre jüngere Frau und ihre 61jährige Schwester Martha Rieger auf dem Treppengang nieder. Frau Ritsche war sofort tot, ihre Schwester starb kurz nach der Aufnahme im Arbankrankenhaus. Der Täter begab sich unmittelbar darauf in seine Wohnung, wo er die Waffe gegen sich selbst richtete. Mit durchschossener Schläfe wurde er später von den Beamten der Mordkommission tot aufgefunden.

Die 61jährige Frau Emma Ritsche war mit ihrer Schwester, der 61 Jahre alten Frau Martha Rieger, Eigentümerin des Hauses Mainzer Straße. Frau Rieger hat ihre Wohnung im 4. Stockwerk des Vorderhauses, ihre Schwester wohnt eine Etage tiefer. Vor Jahresfrist trennte sich Frau Ritsche wegen schwerer Zerwürfnisse von ihrem Mann und leitete die Scheidungsklage ein. Vor einigen Monaten wurde die Scheidung ausgesprochen. Frau R. verließ daraufhin die gemeinsame Wohnung und fand bei ihrer Schwester Unterkommen. Das Verhältnis zwischen den feindlichen Parteien war bald unerträglich. Häufig kam es zu sehr erregten Auftritten. Die Hausbewohner fürchteten schon lange, daß einmal etwas passieren würde. Gestern nachmittag ereignete sich dann die schreckliche Bluttat. Frau Ritsche hatte mit ihrer Schwester einige Befestigungen gemacht. Gegen 14 Uhr kehrten sie von dem Ausgang zurück. Ermungslos stiegen die beiden Frauen die Treppe empor, als ihnen auf dem Podest zwischen dem zweiten und dritten Stockwerk plötzlich Ritsche entgegenrat. Nach einem kurzen heftigen Wortwechsel feuerte Ritsche aus einer Pistole auf seine Frau und seine Schwägerin ein ganzes Magazin leer. Blutüberströmt brachen die Schwestern, von mehreren Augen getroffen, bewußtlos zusammen. Durch das Knattern wurden zahlreiche Mieter alarmiert; sie forderten die beiden Frauen in ihrem Blute. Nur Frau Rieger gab noch schwache Lebenszeichen von sich.

Als die Polizei und die Beamten der Mordkommission erschienen, verfrachten sie vergeblich Einlaß in die Wohnung Ritsches zu erlangen. Die Wohnungstür wurde schließlich erbrochen und im Schlafzimmer stießen die Eintretenden auf die Leiche des Täters. Nach allem scheint sich Ritsche schon seit einiger Zeit mit Mordabsichten getragen zu haben. Offenbar hat er vom Fenster seiner Wohnung die Frauen beobachtet und hatte ihnen auf der Treppe aufgelauert.

Walter A. Persich  
15) **Vielleicht morgen...**

Unberecht. Nachdruck verboten. Gustav Neumann Verlag L.-G., Weitzlebenstr.

„Wissen Sie, Kohlen müßte Ihnen Ihr Mann holen, Frau Berla, Sie dürfen doch nichts schleppen! In meinen jungen Jahren hatte ich eine Freundin, die hat davon ein Unterleibsleiden bekommen. Hat der Arzt Ihnen das nicht gesagt?“

„Doch...“ Annie schob sich mit ihrer Last weiter zur Treppe. „Die Ärzte sagen viel, Frau Guhlmann, und wenn alles so ginge, wär's ganz schön. Bert ist abends sehr abgepannt. Die Maschinen machen ihn müde.“

„Na, geben Sie mal her...“ Die Berwallerfrau nahm einen Eimer und leuchte ins Stockwerk, drückte die Türe auf und setzte sich ungeniert neben den Korbwagen in der Küche. Nun wird alles folgen, was ich nicht leiden kann, dachte Annie böse: Bewunderung, Geschwafel und ein Haufen guter Ratsschläge abendrein!

„Ach wie süß“, piepste die Frau, (Hab ich mirs nicht gedacht — schalt sich Annie) „das kleine Schnuckchen! Und so Auge Augen hat er, die sind vom Vater. Die schlanke Nase ist von Ihnen. Da merkt man erst, wie alt man ist mit Acht- undfunfzig auf dem Buckel. Sie haben noch über dreißig Jahre Zeit bis dahin, wie? Das geht schnell und dann wird der da schon wieder Kinder haben. Sagen Sie mal...“, der Kopf mit dem grau-trähnigen Haar näherte sich ihr vertraulich — etwas vor den Augen der Alten zu verbergen, oder ihr nicht zu antworten, war unmöglich — „die Rotblonde, die aufgeputzte Person, die hier acht Tage war, das soll ja eine Verwandte von Ihnen sein. Ich kannte die gar nicht. Gehört sie zu Ihrer Familie oder zu Werlas?“

Annie mußte sich stützen. Der Stuhl wäre umgeschlagen, hätte nicht die alte Frau zugepackt.

„Welche Rotblonde meinen Sie? Hier — im Hause? Bei wem?“

Wozu fragen, hämmerte es im Kopf — ich weiß es nun, so oder so, und ich wußte es. Haare im Sofa! Will ich noch mehr wissen?

„In — meiner — Wohnung?“

Würde die Alte doch schnell lügen! Irgend etwas von Klöpfers oder Müllers erzählen — warum mußte es denn von ihr sein? Und wenn die löge? Gab es dann Ruhe? Mühte sie dann nicht lauern und luchen und spionieren, bis sie alles erfuhr. Sie hatte es gespürt, das Fremde in der Wohnung, das Kalte an Bert, Abend für Abend.

Bewahre, Frau Guhlmann gehörte nicht zu jenen, die in einem solchen Falle eine Notlüge fanden. Sie brüstete sich gern mit ihrer müttigen Meinung. Heuchelei konnte sie nun einmal nicht leiden. Hatte man ihr gegenüber die Wahrheit verschwiegen, als der Sohn von Müllers — aus dem dritten Stock — nachts in der Friedrichstraße von ihrer Erna angequatscht wurde? Sogar, was er bezahlt hatte, teilte man ihr mit. Wurde etwa nicht getuschelt und geredet, als Herbert, der Junge, in Hamburg weiterlernen sollte, weil er hier ein Ding nach dem anderen drehte? Selbst sein Meister hätte ihm nicht zugetraut, daß er mit einfachen Werkzeug den schweren Kessenschrank sprengen könne. Niemand nahm Rücksicht auf Frau Guhlmann. Hart wurden die Ihren vom Schicksal bedrückt und gequält, und sie hörte darum gern die prallenden Schläge, die auf andere herunterprasselten, durch Schuld oder — Gott. Was hatte Frau Guhlmann mit Gott zu tun? War sie etwa, wie die Klöpfers, die falschen Leute, katholisch? Les sie jeden Sonntag zum Pfaffen? Sie las nur eine Bibel — ein vergilbtes, ramponiertes Buch, das schon ihre Mutter im Familienschatz gehütet hatte:

„Anleitung zu Deutung menschlicher Schicksale, Glücksfälle, drohender Not, Gefahr und Krankheit aus den Linien der Hand, nach ägyptischen Quellen.“

Das war ihr Glaube. Jemand sollte ihr erst einen besseren, zuverlässigeren bringen!

Annie Berla atmete schwer. Ihre Arme stützte sie auf die Knie, der Kopf ruhte in den Händen wie in einer Schale und ihre Augen gingen rastlos umher, über das Gesicht des Kindes zum Fenster und prallten gegen die graue Wand des Hofes.

„So — reden Sie doch — weiter. Wer ist hier gewesen? Ich muß es doch wissen — warum reden Sie, wenn Sie nachher nicht mit der Sprache herauskommen?“

„Da hab ich wohl was angerichtet?“ meinte die Guhlmann mit zusammengekniffenen Augen und trat ganz dicht vor Annie hin. „Rein Wille war's nicht. Die Männer glauben, wir haben keine Augen im Kopf, wir merken nichts. In ihrer Wohnung ist ein Frauenzimmer ein- und ausgegangen, als sei sie hier zu Hause. Die hatte hohe Schuhe, Pelz am Mantel, rotes Haar und ein freches Gesicht. Die zwei, Ihr Mann und die Person, kamen abends zusammen und gingen morgens zusammen. Niemand hat arges gedacht, sonst wär's mir nicht rausgepfafft. Benigstens nicht jetzt, wo Sie noch in dem Zustand sind. Na, na, bleiben Sie nur ruhig, liebe Frau — das ist nichts Besonderes. Männer sind einer wie der andere. 'n schlechter Kater, sagt man, der immer vor einem Loch maust, und man laßt dabei. Glauben Sie, meiner war anders?“

Was sollte dieser grobe Trost? Gute Worte und böse Worte konnten Geschehenes nicht ungeschehen machen! Kein Zureden log den furchtbaren Sturz von unbedingtem Vertrauen zu grenzenloser Bergweisung hinweg — dies war die Klarheit, und wie eine Blinde, die doppelt heftig fühlt, hatte sie alles, alles geahnt...

Frau Guhlemann erkannte als „schwer geprüfte ältere Dame“, so lautete ihr selbstgewählter Titel — die Situation und erhob sich, um eine Sensation betrogen: die Handlinien des Kindes deuteten auf ein sehr kurzes Leben, vielleicht war es nur auf Monate befristet, und davon konnte sie jetzt nicht reden, wie es unter vernünftigen Frauen doch üblich ist. Irgendwo stand ihre Einholetasche, sie hängte sie über den Arm und ging kopfschüttelnd ins Treppenhaus.

Vor der Türe überlegte sie eine Weile, stieg dann leise zwei Treppen höher, klopfte leuchtend bei Müller und wurde sogleich in die Küche geführt. Frau Müller setzte den Kaffeekessel aufs Feuer und wartete auf so mancherlei Neuigkeiten aus dem Munde der Berwallergattin. Schon dampfte das Gebräu in den Tassen, so meinte Frau Guhlmann, wichtig und gedämpft:

„Wissen Sie, Frau Müller, ich will ja nichts gesagt haben — aber da unten, bei den Werlas, werden mir wohl bald was Furchtbares erleben...“ (Fortsetzung folgt.)





# Durch die Paradies-Insel

Aufzeichnungen aus Ceylon. / Von Kurt Offenbach

## Ceylons Hauptstadt

„Paradies-Insel“? Die ersten Stunden lehrten etwas ganz anderes: nämlich Häßlichkeit der Geschäftstadt. Europa-Abklatsch: Steinkästen, greuliche Fassade. Rüdlich aufgezogene Läden, Banken, Hotels. An der Straße aber zu beiden Seiten: die roten Blütenwunder der „Flamme des Waldes“ (Flame of the Forest) und eine Wärd der Ktazie mit armlangen Schoten.

Braunes Menschengewimmel: finkt und (wunderbarer Gegenatz zu den Südländern Europas) lautlos. An Ungewöhnlichem: das menschliche Auto, die Riksha. Der Motor: ein hochgewachsener Singhalese. Unermüdlieh, unermüdlieh mit der Exaktigkeit eines Vieraktmotors wirft er die Beine, federnd und leicht wie ein raffiges Pferd. Zehn Minuten für 15 Cents, gleich 24 deutschen Reichspfennigen.

Zweirädrige Bullock-Cars, das rundgeflochtene Dach aus den Blättern der Ripapalme, davor im Joch zwei Zebus. Auch eine Straßenbahn ist da, verkommenere als in der ärmsten Provinzstadt Europas. Gut genug für die Eingeborenen.

Von den Geschäften am schönsten die Juweliersläden. Die Edelsteinhändler, die berühmtesten im ganzen Osten. Kapazitäten in ihrem Fach. Es ist kein Snobismus, darüber zu sprechen. Wer Colombo sah und nicht einige seiner Juweliersläden, der veräumte ein Wesentliches dieser Stadt. Man braucht nichts zu kaufen. Der Händler (er ist häufig nur „Angestellter“ eines Konfortiums von 20 bis 30 Teilhabern) beschwört einen: „Kommen Sie herein. Steine ansehen. Nicht kaufen.“ Und es werden dir vorgelegt Rubine, strahlend in einer Mischung, als hätte die untergehende Sonne warmes Taubenblut ausgeflogen. Du bestimmst zu sehen die seltenen Stern-Saphire: ein blau strahlendes Licht, darin ein mattweiss schimmernder Stern. Es werden dir gezeigt Mondsteine zart wie Milch; und was du nie zuvor erblicktest, monochrom nach lange suchen könnest in Europa: „Kugenaugen“. Das ist ein grünes Gefunkel, darin zwei honiggoldene oder schwefelgelbe Streifen phosphoreszieren. Wo ist der Wunder, der behauptet, selbst in diesem Augenblick keine Gefühle zu haben? Wo der falsche Moralprediger — der Schönheitsleugner! — der versichert, nicht kaufen zu mögen: selbst wenn er Geld hätte? Wenn...

Da ist am anderen Ende der Stadt das „Pettah“, das Eingeborenenviertel. Ziel dir schon in der City auf, wie wenig Weiße dir begegnen: hier bist du verlassen, der einzige Europäer zwischen Singhalesen und Tamilen, zwischen Parsen und Malaien, zwischen Afghanen und Mauren und den zahllosen Halbkast (Mischlingen).

Du gehst durch enge Straßen, betäubt von Geräuschen unbeschreiblicher Art. Und es fluten vorbei an dir diese Menschen einer anderen Welt, die in Kleidung und Sprache so verschieden voneinander sind wie ein Europäer vom Eskimo. Immer wieder: rührend ist der sanfte Blick und die Schönheit ihres Ganges. Bei den Frauen von einem Abglimm und einer Anmut, wie keine Europäerin schreiten kann. Fleisch gewordene Kunst. Wohl bildest du dir manchmal ein, sie sähen dich Weihen mit scheelen Augen an; witterten in dir einen jener Bedrücker, die nur raubbauen, sich vollsaugen, um möglichst rasch nach Great Britain zurückzukehren: aber deine Vorstellung ist die reinste Einbildung. Im Gegenteil: eher ist ihr Blick hochmütig, verächtlich.

Stundenlang kannst du durch das Pettah gehen (in diesem Klima, wo kein Europäer zu Fuß geht, eine Anstrengung größer als eine Feldblenführung beim Konnihi) und kein Haar wird dir gekrümmt werden. Seltsam: nie zuvor fühltest du dich im Ein-

geborenenviertel einer Stadt so sicher: nicht in Haarlem, dem Regierungsviertel New Yorks; nicht in Südkarolina, noch in den Küstenstädten Floridas; nicht in Genua, geschweige in Port Said. Sei gepriesen, du schönes und armes Pettah von Colombo.

## Ins Innere Ceylons

Das Pettah bleibt zurück. Eine Vorstadt, schon halb ländlich, wird durchfahren. Offene Verkaufsbuden an der Straße. Männer, Weiber, Kinder, Schoren davor. Braun, halbnaakt.

Kolonnen zweirädriger Karren kommen aus dem Inneren des Landes zur Küste. Unterm rundgeflochtenen Dach Mann und Frau. Nur langsam geht es vorwärts, das Zebu stapft bedächtig. Diese Menschen haben Zeit. Aber keine Zeit haben die lärmenden Lastautos, die Autobusse. Mit totem Lachen überhoben sie sich, als wären alle Chauffeure verrückt geworden.

Ein Stück weit folgt der Weg dem Kelani-Fluss. An seinen Ufern eingeborene Wäscher und Wäscherinnen. Ein großer Stein ist das Waschbrett. Mit Furore wird so lange das Kleidungsstück auf ihn gehauen, bis es gereinigt erscheint. Komischer Vorgang, doch die Wäsche wird sauber. Wie lange sie allerdings bei dieser Methode hält, werde ich persönlich erst nach einigen Monaten entscheiden können. Der chinesische Waschmann an Bord malträtierte mein Zeug auf die gleiche Weise.

Die Straße steigt aufwärts. Es beginnt eine Landschaft sich zu öffnen, so reich und schön, daß jetzt — wieder bin ich im Indischen Ozean, zwei Tage vor Sumatra —, da ich das Erschaute zusammenfassen will, es schier unmöglich erscheint. Die Ursprünglichkeit, die Frische des Eindrucks zu erhalten, gebe ich kurze Notizen wieder, aufgezeichnet während der Fahrt.

Links ein Tafelberg, steil abfallend. Die Luft darüber blau und golden. An den Hängen rechts Palmenwälder. Mächtige Schäfte und Blätter. Kokosnüsse, grün und groß, unter dem letzten Blätterdach.

In einer der nächsten Kurven: ein neues Tal öffnet sich. Noch schöner, reicher als das vorige. So dicht stehen die Palmen, als wollten sie einander verdrängen. Bananenstauden, großblättrig, dahinschwebend. Schwer hängen die grünen Fruchtbüschel.

Gleichende, dampfende Tropensonne. Fast überall am Wege brennend rote Blüten. Weiß den Namen nicht, spüre nur die betäubende Farbe.

Ist diese Landschaft Wirklichkeit? Nicht hingestellte Kulisse? Aufgepinselt mit den grellsten Farben? Nie ahnte ich, daß Schlinggewächse so entsetzlich scheußlich sein könnten! Zeugung-Organismus. Taumel der Umschlingung. Gebär-Brand.

Die ersten Reisfelder. Klein, sauber terrassenförmig abgestuft. Von einem sehr hellen Grün die Halme, zur Hälfte unter Wasser gefeilt.

Ein anderes Feld: brauner Schlamm. Rast ein Ceylonmann hinterm primitiven Pflug, den zwei graue Wasserbüffel ziehen. Bei jedem Schritt sinken Mensch und Tier ein bis zu den Knien. Die dampfende Fruchbar-Erde quackt bei jeder Bewegung.

Ein drittes der winzigen stufenförmigen Gerderte: Frauen sehen Stecklinge. Behutsam Wurzeln um Wurzeln. Tagelang... Immer gebückt... Stelle dir vor, bei uns mühte der Bauer jeden jungen Gerstehalm auszuheben und auf ein anderes Feld wieder verpflanzen. Das ist der Reibbau.

Ein Feld unterm Pflug, das zweite wird bepflanzt, das dritte ist unter Wasser, das vierte reif zur Ernte. Fruchtbarer Schlamm. Nähernde Sonne. (Schluß folgt.)

zentration in wenigen räumlichen benachbarten Gebäuden, wie sie die Museumsneubauten in Berlin bringen, begünstigt die zukünftige Arbeit außerordentlich, denn der heutige Mensch ist in seiner Zeit beschränkt und an Bequemlichkeit gewöhnt. — In Richtung der Bequemlichkeit müssen auch die weiteren Schritte zu allererst getan werden. Hierher gehören unter anderem bequeme Öffnungszeiten, die auf Arbeitstag und den Sonntag — diesen vor allem — des Großstädters abgestimmt sind. Dann aber kommt es darauf an, zu werben, und zwar mit allen Mitteln, welche unsere Zivilisation bietet: Presse, Film und Rundfunk und nicht zuletzt — Schule! Alle vier sind bisher vernachlässigt worden.

Millardenwerte sind in unseren deutschen Museen investiert, ein großer Teil des Volkvermögens ist in ihnen angelegt; sie gehören deshalb dem ganzen Volke und sie müssen dem ganzen Volke erschlossen werden. Möge das Jubiläum der berühmten Berliner Anstalten gleichzeitig eine neue Epoche des Glanzes einleiten, in der sie sich zu dem Ansehen, das ihnen übertragene Organisation der Sammlerarbeit und hervorragende wissenschaftliche und künstlerische Leitung verschaffen konnte, auch die Liebe der Allgemeinheit erwerben. Dr. Ludwig Köhle.

## Iran Drukoff: Geborgen

Es gibt viele schlaue Menschen. Aber selten ist einer so schlaue wie Zepotshkin, der zweite Korrespondent des Finanzamts in R. Er bekommt 60 Rubel im Monat, ist nicht streberisch, kommt aber auch regelmäßig ins Amt, ist bei jeder Versammlung dabei, bei jeder Feier, bei jeder Demonstration. Mit einem Wort ein pflichtbewußter Sowjetbeamter.

Eines Tages wurde von Amts wegen ein Katenkredit für die Beamten eröffnet. Da setzte Zepotshkin alle in Erstaunen. Der eine hat sich für Hofen vorgemerkt, der andere für Stiefel, Zepotshkin aber für alles: für die Hofen und für die Stiefel, sogar für einen Damenmantel.

„Wozu brauchen Sie denn einen Damenmantel?“ fragt man ihn: „Sie sind doch ein lediger Mann. Es wird Ihnen schwer werden, das alles abzuschaffen.“

„Ich werde die Sachen schon verwenden können“, erwiderte Zepotshkin nachdenklich.

„Sie sind ein komischer Kauz! Was werden Sie denn mit den Damenachen anfangen? Kaufen Sie vielleicht noch Damenwäsche oder Halbhübe mit französischen Abfägen dazu!“

„Schön! Schreiben Sie auch Damenwäsche auf, und ein Paar Halbhübe.“

Dann kam der Vorschlag, Fahrräder auf Raten zu kaufen. Niemand wagte es. Aber Zepotshkin entschied anders:

„Für mich schreiben Sie bitte zwei auf!“

„Warum denn zwei?“

„Eins für mich und eins auf Vorrat; ein Freund aus Sibirien kommt mich bald besuchen.“

Als Musikinstrumente angeboten wurden, zögerte Zepotshkin keinen Augenblick: „Zwei Flügel“, sagte er, „und ein Waldhorn.“

„Sie wollen ja nur originell sein“, spottete eine Stenotypistin...

Eines Tages wurde es im Amt sehr unruhig. Gespräche, erregtes Geflüster: 50 Proz. der Beamten sollen angeblich abgebaut werden. Alle sind außer sich. Nur Zepotshkin macht sich keine Sorgen.

„Das ist mir schummel!“ sagt er.

Plötzlich wird er zum Leiter gerufen: „Genosse Zepotshkin, im Zuge der Abbaumassnahmen werden Sie entlassen. Sie bekommen einen halben Monatsgehalt als Abfertigung.“

„So“, sagt Zepotshkin, „Schade! Meine Abfertigung wird wahrscheinlich zur Deckung der Ratenschuld verwendet werden.“

„Jawohl“, sagt man ihm, „Somit bekommen Sie nichts heraus.“

„Adieu!“ sagte Zepotshkin. „Leben Sie recht wohl!“ Vertäht das Haus und geht mit langsamen, bedächtigen Schritten wie ein richtiger Arbeitsloser über die Straße. Aber da wird er eingeholt und im Eiltempo zum Leiter zurückgebracht.

„Es stellt sich heraus, daß Sie eine riesige Schuld haben, 2110 Rubel 43 Kopelen!“

„Stimmt“, sagt Zepotshkin nachdenklich.

„Dann müssen Sie, Genosse, die ganze Summe voll bezahlen, damit wir Sie entlassen können.“

„Ich habe nicht soviel Geld“, enigeneute Zepotshkin traurig.

„Dann geben Sie die Sachen in natura zurück.“

„Kann ich nicht. Ich habe sie verbraucht.“

„Wieso verbraucht? Die Räder und die Flügel und das Waldhorn?“

„Ja, alles verbraucht. Mir hat schon meine Mama immer gesagt, ich schone die Sachen viel zu wenig.“

„Was gedenken Sie denn jetzt zu tun?“ brüllte der Leiter außer sich.

„Reich nicht“, antwortet Zepotshkin, „ich werde halt um die Arbeitslosenunterstützung ansuchen.“

„Aha, und Sie glauben, wir lassen Sie so mir nichts, dir nichts laufen? Das haben Sie sich aber etwas zu einfach vorgestellt, mein Lieber. Marsch auf Ihren Platz und arbeiten Sie weiter! Sie werden nicht abgebaut! O nein!“

Und so sieht der schlaue zweite Korrespondent Zepotshkin noch heute an seinem Tisch. Um ihn herum sind alle abgebaut worden. Er aber thront allein im riesigen Zimmer mit fünf Fenstern und drei Türen, und es ist unmöglich, ihn zu entlassen.

Da, sogar eine Gehaltsaufbesserung hat er bekommen, damit er seine Schuld rascher abzahle.

(Aus dem Russischen überfetzt von Alexander Wertheim.)

## Markose für Tiere

Deutschland darf sich rühmen, im Tierchutz bahnbrechend gewirkt zu haben. Die meiste Arbeit haben zweifellos dabei die Tierchutzvereine geleistet, die sich mit Eifer und Geschick ihrer oftmals undankbaren Aufgabe widmen, das Los der Tiere zu erleichtern und insbesondere Tierquälereien zu verhindern. Das Schlimmste nach vorheriger Belästigung der Tiere erscheint heute als eine Selbstverständlichkeit, und doch ist es noch gar nicht so lange her, daß man die Tiere bei völligem Bewußtsein auf die roheste Art dahinnordete. Hier Wandel geschahen zu haben, ist eins der größten Verdienste der Tierchutzvereine.

Größte Beachtung verdient auch das Bemühen der Tierärzte, die Behandlung kranter Tiere, insbesondere chirurgische Eingriffe, so vorzunehmen, daß dadurch dem Tier keine Schmerzen bereitet werden, wie es ja auch erst vor nicht allzulanger Zeit gelungen ist, am Menschen Operationen vollkommen schmerzlos auszuführen. Es war nun sehr nahelegend, diese Verfahren auch für unsere Haustiere nutzbar zu machen. Dem Tierarzt stehen heute zur Schmerzbekämpfung zwei Verfahren zur Verfügung: Einmal die Vollnarkose mit Chloroform, dann die lokale Betäubung, d. h. das Anempfindlichmachen des Operationsgebietes durch Einspritzen von Novocain und Tutocain. Sie sind bei gleicher Wirkung wesentlich ungiftiger als Cocain. Das neue Straßengebüch sieht für den Tierverluch die zwangsweise Anwendung von Schmerzbetäubenden Mitteln vor.

# Museum und Publikum

## Kunststätte und Forschungsanstalt

Es ist ein Vorrecht unserer Zeit, alle überkommenen Einrichtungen und Anschauungen radikal in Frage zu stellen, oder um sie gereinigt und reformiert zum Weltbild der Gegenwart in Beziehung setzen zu können. In merkwürdiger Uebereinstimmung reicht diese Revision des Ueberlieferungen von den wissenschaftlichen über die allgemein-kulturellen bis zu den gesellschaftlichen und politischen Institutionen. In auffallendem Konservatismus beharrten fast allein die Museen, die sich in den letzten Jahrzehnten nur wenig gewandelt haben.

Es soll an dieser Stelle nicht die Institution als solche diskutiert werden. Vielmehr ist aber die Hundertjahrfeier der großen Berliner Museen, die gleichzeitig einen neuen Abschnitt der äußeren Organisation dieser berühmten Sammlungen durch die Eröffnung der Museumsneubauten einleitet, ein gegebener Anlaß, einmal eine einzige aus den zahllosen Beziehungen zwischen Museen und kulturellem Leben herauszugreifen und das Verhältnis zwischen Museum und Publikum zu untersuchen.

Von der Seite der Kunstwissenschaftler wird ein solches Verhältnis häufig genug überhaupt gelehrt. Die Museen — so interpretieren sie ihre Existenz — sind in erster Linie Forschungsanstalten! Damit hat man aber schon die Kunst negiert. Wenn aber Kunst überhaupt ein integrierender Bestandteil des Volkslebens ist, dann besteht auch ein Verhältnis zwischen den Museen als Anstalten von Kunstwerten; nur ist es heute ein sehr problematisches Verhältnis.

Wenn die Museen die großen Werke der bildenden Kunst nicht nur eines Volkes, sondern der Völker schlechthin in systematischer Sammlerarbeit an sich ziehen, so kann diese Konzentration nur allein damit begründet werden, daß die entscheidenden Leistungen der bildenden Kunst gleich den Werken der anderen Künste gesellschafts-bildend sind und dem privaten Besitz nur entzogen werden, um der Allgemeinheit zugänglich zu werden. — Dieses Zugänglichmachen umschließt aber schon die ganze Problematik des Verhältnisses von Museen und Publikum. Die bisherige Politik der großen Kunstsammlungen war — von wenigen sehr rühmenswerten Ausnahmen abgesehen — durchaus passiv. In allzu wörtlicher Interpretation des erwähnten Grundgedankens begünstigte sie sich darin zu sammeln und die Sammlungen zu öffnen, es dem Interesse des Publikums überlassend, ob sie in bildungshungrigen, aber spärlichen Scharen oder in kunstdürstigen Massen erschienen.

Um es vorwegzunehmen: es blieb bei uns im allgemeinen bei den spärlichen Scharen. Die sämtlichen Berliner Museen — mit Ausnahme der Rationalgalerie — wiesen im letzten Jahre zusammen eine Besucherzahl von etwa drei Viertelmillionen auf. Was diese Zahl bedeutet, zeigen erst ein paar Vergleiche: Das Ameri-

can Museum in New York, eine rein naturwissenschaftliche Sammlung, bringt jährlich etwa 2 Millionen Besucher in Bewegung, und selbst amerikanische Mittelstädte von 500 000 bis 800 000 Einwohnern erreichen und übertreffen die Berliner Zahlen mit Leichtigkeit. Diese interessanten Ziffern lehren also, daß es den amerikanischen Kunstanstalten gelungen ist, den Kontakt mit dem Volke zu finden, den die viel älteren Museen Deutschlands — mit dem übrigen Europa, außer Italien, Paris und London, steht es kaum anders — bisher nicht zustande brachten. Ganz zweifellos spielen in Amerika die wesentlich größeren Mittel eine Rolle, die zur Werbung aufgewendet werden können. Dazu ist in Amerika der Museumsbesuch mit wenigen Ausnahmen völlig frei. — Aber auch das ist nicht entscheidend; selbst die Eintrittskosten dürften kein wesentlicher Hinderungsgrund gegen den Massenbesuch unserer Museen sein, wenn diese Anstalten wirklich „im Volke“ lebendig wären. Das aber ist nicht eine Frage der Museumsproblematik, das ist nicht das Problem der „Kunsthilfsböden“, das ist nur und allein das Problem: läßt sich die in den Museen konzentrierte Kunst dem Volke, dem sie ja doch gehört, nahe bringen?

Eine ganz neue und unerhörte wichtige Aufgabe der Museen scheint es darum zu sein, Wege zu finden, auf denen sich ihre Kunstwerke in das Volk hineintragen lassen. Nicht mehr passiv dürfen die Sammlungen auf die Besucher warten, nicht mehr in dem „Geöffnetsein“ erfüllt sich ihre Aufgabe, sondern sie müssen aktiv in die Masse des Volkes hineinwirken, sie müssen öffnen, den Kunstsinne wecken und das Interesse beleben. Erst, wenn sich die Museen zu einer Propaganda der Tat entschließen, dürfen sie hoffen, auch bei uns lebendig im Volke zu wirken, so wie sie jetzt exklusiv, aristokratisch, aber jedenfalls a u ß e r h a l b existieren.

Wesentliche Ansätze zu einem neuen Geist in der Museumspolitik lassen sich schon in den Ausstellungen finden, die hier und da von Museen veranstaltet werden. Das Gesamtwerk eines Malers oder Bildhauers, der Stil einer Landschaft, einer Epoche, das findet schon teils wegen der instruktiv-kulturhistorischen, teils wegen der geschlossenen künstlerischen Wirkung ein größeres Publikum, als verstreute Einzelwerke. Solche Ausstellungen sind immer auch pädagogisch, und darin beruht wesentlich ihre Bedeutung. Eine Kunst, die ihr Publikum verloren hat, muß damit beginnen, sich ein neues zu erziehen; wer vor dieser pädagogischen Aufgabe zurückbleibt, hat von vornherein den Kampf um die Seele des Volkes verloren.

Die Methoden, durch die der Inhalt der Museen denen nähergebracht werden könnte, für die er bestimmt ist, scheinen vielfältig genug, sofern man nur nicht in überlieferter Konservatismus sich vor den Mitteln der öffentlichen Propaganda scheut. Die Kon-

# Manöver mit dem Preisabbau.

## Unehrlisches Spiel nach dem Berliner Metallschiedsspruch.

Der wirtschaftliche Unfug, eine Ueberwindung der Krise durch die Senkung von ohnehin dem Existenzminimum nahen Tariflöhnen zu versuchen, wie es in Berlin geschehen ist, hat in der Öffentlichkeit mit Recht eine sehr starke ablehnende Kritik erfahren. Weit über die sozialistischen und gewerkschaftlichen Kreise hinaus wird der von Berlin aus beabsichtigte Generalabbau der Löhne als Generalunfug gekennzeichnet und man spricht sogar von einem Todesrezept, das in der Parole des Lohnabbaus zur Wirtschaftsheilung vorliege. Auf die Unternehmer hat das in der Vergangenheit keinen Eindruck gemacht. Sie scheinen aber jetzt das Gefühl zu haben, daß der Berliner Metallschiedsspruch eine volkswirtschaftliche und soziale Unmöglichkeit ist, daß die Öffentlichkeit mit ihren Sympathien bei den kämpfenden Arbeitern stehen wird, wenn nicht eine Geste der Preisentwertung gemacht wird. In den letzten Tagen war die bürgerliche Presse von der Notwendigkeit dieser Geste schon voll. Die Berliner Metallindustrie, besonders die Elektrotechniker, haben diesen Wink verstanden und suchen jetzt die Geste nachzuholen.

Es wird mitgeteilt, daß für den Fall der Durchführung des Berliner Schiedsspruchs

die Listenpreise für Maschinen, Motoren, Transformatoren, Zähler, Apparate, Installationsmaterial und Haushaltsgeräte ab 1. November um 5 Proz. gesenkt werden sollen. Für Kabel, Drähte, Glühlampen und andere Waren, für die „Preisermäßigungen bereits vorgenommen sind“, erfolge eine besondere Regelung. (Einmal ist uns von Preisermäßigungen hier wenig bekannt, zum anderen handelt es sich um Waren, deren Preisregelung teilweise sogar durch internationale Kartelle erfolgt. Auch glauben wir nicht, daß die Berliner Metallarbeiter ihre Kinder mit verbilligten Transformatoren, Zählern, Staubsaugern und Bismutleuten sattmachen können. — D. R.)

Bei dieser Ankündigung handelt es sich um ein politisches Manöver. Man will den Eindruck der Unvernünftigkeit und Ungerechtheit des Schiedsspruchs durch eine Ankündigung von Preisentwertungen verwischen. Man will ferner ganz offenbar

dem Reichsarbeitsminister für die Verbindlichkeitsklärung Argumente liefern.

Darüber hinaus aber ist die Ankündigung unehrlich, denn sie ist an Bedingungen geknüpft, die voraussichtlich nicht erfüllt werden können. Die angekündigte Preisentwertung setzt voraus, so heißt es in den Mitteilungen der Elektroindustrie, „daß auch in anderen Ge-

bieten Deutschlands und in den zuleifernden Industrien“ ein Lohnabbau erfolgt, daß ferner bald die Angestelltengehälter herabgesetzt werden. Von dem Ausmaß dieses allgemeinen Lohn-, Gehalts- und Preisabbaus wird es abhängen, ob noch eine weitere Preisentwertung möglich sein wird.“

Es wirkt wie ein Hohn auf die wirtschaftliche Vernunft, wenn dann weiter erklärt wird, daß die elektrotechnische Industrie „bei allgemeiner Durchführung des Abbaus auf eine bald einsetzende Belebung des Inlandmarktes und auf eine Erleichterung des Auslandsgeschäftes hoffe. Es ist eine unerhört scharfmacherische Herausforderung, wenn der fünfprozentige Preisabbau auf die Durchführung der sozialpolitischen Reaktion in ganz Deutschland gestützt wird. Eine fünfprozentige Preisentwertung in der elektrotechnischen Industrie ist lächerlich, nachdem innerhalb Deutschlands für die meisten Waren, bei denen die bedingte Preisentwertung Platz greifen soll, geheime Kartellabreden bestehen und eine Verbilligung bisher kaum eingetreten ist. Gerade die Elektroindustrie hat offene und geheime Kartelle auf dem gesamten Gebiet ihrer Tätigkeit. Sie kann nach den Kartellbedingungen Preisentwertungen gar nicht einleiten lassen, wenn nicht auch außerhalb der Berliner Elektroindustrie dieser Preisentwertung zugestimmt wird. Der im übrigen Reiche gewollte Lohnabbau wäre also nur ein Stück der Kartellpolitik in der elektrotechnischen Industrie.

Die Preisabbaumanöver der Berliner Metallindustriellen müssen also als unehrlich gebrandmarkt werden.

Jeder Lohnabbau gerade in den wichtigsten Berliner Industrien ist nach wie vor überflüssig, nachdem in den Rationalisierungs- und Ausbaujahren unerhörte Rationalisierungsvorteile erzielt und gewaltige Gewinne aufgehäuft worden sind. Allein im Siemenskonzern stehen neben den 186 Millionen Stammkapital offene Reserven von 120 Millionen, zu denen aber mindestens noch 50 bis 100 Millionen in den letzten Jahren gebildete stille Reserven hinzutreten, so daß die Reserven wahrscheinlich weit das Aktienkapital übersteigen. Die Preisentwertung ist in der Vergangenheit unterlassen worden und deshalb haben wir heute die unerhörte Verschärfung der Krise. Jetzt eine lächerliche Preisentwertung von der Durchführung des Lohn- und Gehaltsabbaus in ganz Deutschland abhängig zu machen und sie noch als Vorspann für sozialreaktionäre Regierungsmassnahmen zu benutzen, ist schamlos.

# Stahltruff in der Krise.

## Der Unfug der hohen Eisenpreise.

Der rheinisch-westfälische Stahltruff, die Vereinigte Stahlwerke A. G. in Düsseldorf, veröffentlicht jetzt mit dem letzten Quartalsbericht für die Monate Juli bis September zugleich die Umsatz- und Produktionsergebnisse für das am 30. September abgeschlossene Geschäftsjahr 1929/1930.

Die Krise im Bergbau und noch mehr in den Eisenbetrieben hat sich im Laufe des letzten Vierteljahres weiter verschärft. So ging die Kohlenförderung von 5,92 auf 5,76 Millionen Tonnen, die Roheisenproduktion von 2,15 auf 2,08 Millionen Tonnen zurück, während die Hochofenproduktion der Hochofen von 1,14 auf 1,02 und die Stahlerzeugung von 1,18 auf 1,06 Millionen Tonnen sank. Der Umsatz mit Fremden verringerte sich entsprechend der gesunkenen Produktion von 290,8 auf 272,5 Millionen Mark und hat damit

den tiefsten Stand seit vier Jahren

erreicht. Sogar das Ausperrungsquartal September bis Dezember 1928, in dem die Betriebe des Stahltruffs über vier Wochen stilllagen, übertraf noch mit einem Umsatz von 274 Millionen Mark die Ergebnisse der letzten Krisenmonate. Trotz des internationalen Charakters der Wirtschaftskrise ist der Auslandsabsatz nur verhältnismäßig geringfügig von 110,7 auf 105,7 Millionen Mark zurückgegangen, während auf den Inlandsmarkt fast die ganze Last des Umsatzrückganges entfiel.

In dem am 30. September abgeschlossenen Betriebsjahr 1929 bis 1930 ist die Kohlenförderung insgesamt von 27,2 auf 25,7 Millionen Tonnen, also um 5,5 Proz., die Roheisenproduktion von 9,8 auf 9,3 Millionen Tonnen, also verhältnismäßig sehr gering um nur 3 Proz., zurückgegangen, während die Hochofenproduktion mit 5,29 gegen 6,0 Millionen Tonnen einen fast 12prozentigen Rückgang und die Stahlproduktion mit 5,33 gegen 6,41 Millionen Tonnen sogar einen Produktionsausfall von 13,7 Proz. aufweist.

Die Belegschaft ist von der Krise schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Gesamtbestand hat sich gegenüber Ende September vorigen Jahres von 176 716 auf 134 708 Mann verringert.

Es sind also in den Betrieben des Stahltruffs im Laufe des letzten Jahres 42 000 Arbeiter abgebaut worden.

Die Hauptlast des Abbaus hatten die Bergarbeiter zu tragen, deren Belegschaft von 87 085 bis auf 65 244 Mann, also um 25 Proz., sank. Da sich demgegenüber die Kohlenförderung nur um 5,5 Proz. verringert hat, ist also die Leistung der Berg-

arbeiter je Mann und Schicht auch im letzten Jahr ganz erheblich gestiegen. Die Zahl der Angestellten wird mit 16 359 Personen ausgewiesen, wobei sich Vergleiche mit den Vorjahren nicht ergeben, da sich die Erhebungsgrundlagen geändert haben.

Der Gesamtumsatz des Stahltruffs außerhalb seiner Konzernwerke und Beteiligungen beläuft sich im letzten Geschäftsjahr auf 1,25 gegenüber 1,44 Milliarden Mark im vorhergehenden Jahr. Hieron ist der Umsatz im Inlande von 910,8 auf 774,5 Millionen und der Umsatz im Ausland von 334,1 auf 477 Millionen Mark zurückgegangen. Daß die Wirtschaftskrise in der Eisenindustrie mit unverminderter Stärke anhält, zeigt der vorliegende Auftragsbestand bei den Stahltruffen, der

nur 41,3 Proz. der Auftragsmengen ausmacht.

die im Monatsdurchschnitt des vorhergehenden Geschäftsjahres 1028,29 vorhanden waren. Dieses Zusammenschrumpfen der Auftragsbestände beweist, daß bei den gegenwärtigen Eisenmonopolpreisen an eine Belebung der Konjunktur nicht zu denken ist. Ein wirksamer Abbau dieser überhöhten Preise, die jede Entwicklung in der verarbeitenden Metallindustrie abtöten, ist die unbedingte Voraussetzung für jede Konjunkturbelebung.

## Unerhörte Zumutungen.

### Niedrigere Eisenpreise nur mit neuem Lohnabbau.

Die Eisentonnerne wollen trotz der gewaltigen Preispanne gegenüber dem Weltmarkt und der immer größeren Auftragsbürde von ihren Listenpreisen nicht herunter. Sie haben aber jetzt einen Versuchskaninchen in die bürgerliche Presse lanciert, der ihre Bereitschaft einer Eisenpreisentwertung für den Fall erkennen läßt, daß eine nochmalige Senkung der Löhne über den Ognahausener Schiedsspruch hinaus durchgeführt wird.

Zunächst ist schon das Anschneiden dieses Themas nur ein Beweis für den unerhörten Grad von Scharfmacherei, der bei den Eisenunternehmern des Ruhrgebiets heute herrscht. Die letzte Lohnregelung für die Ruhrde ist nicht vor dem Frühjahr 1931 kündbar, die Tarifregelung ist es nicht vor dem Herbst 1931. Man hat also an der Ruhr den Mut, den Gewerkschaften freie Verhandlungen zur Lohnsenkung zuzumuten, und spekuliert gleichzeitig darauf, daß die jetzigen Regierungsverhältnisse eine solche Zumutung nicht als Illusion erscheinen lassen müssen. Entscheidend ist aber auch hier, wie bei den oben behandelten Preisentwertungsmanövern

der Berliner Metallindustriellen, daß man von dem Stand der noch immer nicht ermäßigten Eisenpreise ablenken will, der selbst in der verarbeitenden Industrie jetzt zur offenen Rebellion geführt hat. Wenn in der deutschen Öffentlichkeit und in der Regierung das Bewußtsein für die volkswirtschaftliche Vernunft noch nicht ganz geschwunden ist, dann müssen die Eisenherren von vornherein in ihre Schranken gewiesen werden.

## Der Kredit des Reiches.

### 26 ausländische und 22 deutsche Banken beteiligt. — Gesamtverzinsung 6 Prozent.

Zu dem gestern definitiv abgeschlossenen 125-Millionen-Dollar-Kredit des Reiches ist noch einiges über die Bedingungen nachzutragen. Der Kredit ist an die Voraussetzung gebunden, daß in dem Kreditermächtigungsgezet gleichzeitig Bestimmungen über eine Schuldentilgung von den gefehgeberischen Körperschaften verabschiedet werden. Diese Bestimmungen haben den Zweck, den neu aufgenommenen Kredit und sonstige schwebende Schulden in drei Jahresraten zu je 420 Millionen Mark zu tilgen. (Also ist dieser Teil des Finanzprogramms der Regierung durch das Kreditermächtigungsgezet für den Amerikakredit jetzt sofort zu regeln, obwohl die dreijährige Tilgung von je 420 Millionen Mark erst die Haushaltsjahre von 1931 bis 1933 einschließlich angeht. D. Red.)

Die Annahme der Tilgungsbestimmungen ist die Voraussetzung für das Wirksamwerden dieses Kreditabkommens, so daß die Reichsregierung vor der Durchführung des Gesetzes im Reichstag auch die 125 Millionen Dollar nicht ausgezahlt erhält. Der Kredit wird gegen die Hergabe von sechsmonatigen Schatzanweisungen gewährt. Die Reichsregierung hat das Recht, eine dreimalige Verlängerung der Schatzanweisungen zu verlangen, der Kredit läuft also längstens zwei Jahre. Der Kredit ist mit 4% Proz. verzinslich, da aber die jährliche Provision 1% Proz. beträgt, kostet der Kredit 6 Proz. Zinsen. Die Auszahlung erfolgt zum Nominalbetrag, wobei sofort die halbjährigen Zinsen und die ganzjährige Provision abgezogen werden, 10 Proz. des Kredits werden in Deutschland aufgebracht, und zwar von einem Bankensortium, dem außer der Reichsbank und der Preussischen Staatsbank 22 Privatbanken angehören. 90 Proz. des Geldes werden von 26 amerikanischen, holländischen und schwedischen Banken aufgebracht.

## Kurssteigerungen der Young-Anleihe.

Auf den internationalen Börsen hat die Nachricht von dem Kreditabschluß die Kurse der großen deutschen Anleihen erhöht. In London stieg die Young-Anleihe von 74 auf 75 1/2 Proz., die Dawes-Anleihe von 100,5 auf 101,5 Proz.

## Geldüberschwemmung in der Schweiz.

Aus Basel wird gemeldet, daß Geld und Kredite fast gar nichts mehr kosten. Tagesgeld will überhaupt kein Mensch mehr, es bringt keinerlei Zins. Für Inlandswechsel werden nunmehr 1 1/2 Proz. für ausländische Wechsel nunmehr 1 1/2 Proz. abgezogen.

Solche Zustände sind nur das Ergebnis der phantastischen Geld- und Kapitalüberschwemmung, die jetzt in der Schweiz herrscht. Als Ursachen werden in der Baseler Meldung genannt die nach den Reichstagswahlen erneut verschärfte deutsche Kapitalflucht, der Rückzug schweizerischer Guthaben aus Deutschland, schweizerische Verkäufe von deutschen Wertpapieren und die Unterbringung französischer Kredite in der Schweiz, die aus Deutschland zurückgezogen worden sind.

In Deutschland haben sich inzwischen die Zinskosten um 50 Proz. erhöht. Deutschland erwacht wirklich, aber wohl mehr zum Sterben als zum Leben. Dank Hitler und seinen Hintermännern!

## Die Nöte in der Fahrradindustrie.

### Ein Fahrradverband ohne die Opelwerke.

Neun größere deutsche Fahrradfabriken haben sich jetzt in Hannover zu einer Preiskonvention zusammengeschlossen. Die Konvention ist unter dem Vorbehalt zustande gekommen, daß eine Anzahl von Außenleitern dem gegründeten Verbande beitreten.

Die Gründung dieser Preiskonvention in der Fahrradindustrie ist eine Notmaßnahme gegenüber der seit drei Jahren herrschenden Dauerkrise in diesem Industriezweig. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, arbeitet der Fahrradbau infolge seiner starken Ueberlegung mit schweren Verlusten, die im letzten Jahr bereits mehrfach zu Zusammenbrüchen großer Unternehmungen geführt haben.

Ob der Zusammenschluß in dieser Preiskonvention zu einer Klärung der Markverhältnisse im Fahrradbau führt, muß abgewartet werden. Entscheidend für den Einfluß der Konvention wird der Beitritt von Außenleitern, unter denen sich auch die Opelwerke als stärkster deutscher Fahrradfabrikant befinden.

Englischer Außenhandel in der Krise. Der Außenhandel Großbritanniens hat sich im September weiter erheblich verschlechtert. Die Einfuhr liegt mit 1,5 Milliarden Mark um rund 400 Millionen unter den Ziffern vom September vorigen Jahres und ist gegenüber dem Rekordstand vom August noch um 25 Mill. Mark gesunken. Die Ausfuhr aus England ist im September auf 840 gegen 1086 Mill. Mark in der entsprechenden Zeit des Vorjahres gesunken. In den Monaten Januar bis September ist die Einfuhr um annähernd 13 Proz. und die Ausfuhr sogar um fast 20 Proz. zusammengeschrunpft.

Zum Zähneputzen, merkt Euch wohl, nimm man die Pasta von O D O L

# Leute zu Tietz: gute und billige Lebensmittel einkaufen!

Preise nur Dienstag und Mittwoch. Fleisch und leichtverderbliche Waren sind vom Versand ausgeschlossen. Verkauf soweit Vorrat. Messingabgabe vorbehalten.

Fleisch	Wurstwaren	Obst	Kolonialwaren	Räucherwaren	
Schweineköpfe <small>in Bohnen</small> Pfd. 0,48	Hausmacher-Sülze ... Pfd. 0,68	Koch- u. Essäpfel .. 2 Pfd. 0,45	Linsen ..... Pfd. 0,22	Bundale ..... Bund von 0,25	
Eisbein <small>m. Spitzbein, gep., Pfd.</small> 0,78	Hausm.-Leberwurst .. Pfd. 0,98	Kodbirnen ..... 2 Pfd. 0,45	Viktoria-Erbisen ..... Pfd. 0,22	Büchlinge ..... Pfd. von 0,45	
Rückenfell <small>Schwarte, Pfd.</small> 0,88	Fleischwurst ..... Pfd. 0,98	Preisselbeeren ..... 3 Pfd. 0,98	Weisse Bohnen ..... Pfd. 0,25	Stückenlachs ..... Pfd. 1,25	
Schweinebauch <small>o. B., Pfd.</small> 0,92	Mettwurst <small>Braunschw. Art, Pfd.</small> 1,20	Lingarischer Wein ... Pfd. 0,25	Eierschnitnudeln ..... Pfd. 0,48	Port. Oeilsardinen 4 Dosen 0,90	
Schweineschinken <small>oder -Schulterblatt</small> ..... Pfd. 0,98	Schinkenspeck ..... Pfd. 1,65	Bananen ..... Pfd. 0,38	Kaffee ..... Pfd. von 1,90	Felheringe <small>in Tomaten, Dose</small> 0,58	
Kassler mild ..... Pfd. von 1,04	<b>Käse und Feffe</b>	<b>Gemüse</b>	<b>Konserven</b>	<b>Fische</b>	
Schweinekamm <small>oder -Schulterblatt</small> Pfd. 1,08	Limburger 20% ..... Pfd. 0,48	Zwiebeln ..... 5 Pfd. 0,20	Kohlrabi <small>in Schalen, mit Grün</small> 0,35	Grüne Heringe ..... 3 Pfd. 0,74	
Kotelett ..... Pfd. von 1,10	Tilsiter vollfett ..... Pfd. 0,78	Grüne Bohnen ..... Pfd. 0,25	Konsumgemüse ..... 0,48	Zander gefroren ..... Pfd. 0,60	
Bratwurst <small>Berliner Art, Pfd.</small> 1,08	Margarine ..... Pfd. 0,48	Märkische Rübchen Pfd. 0,10	Junge Brechbohnen I. .... 0,65	Lebende Karpfen Pfd. von 0,98	
Rinderbacke <small>o. Kn., Pfd.</small> 0,58	Molkereibutter ..... Pfd. 1,36	Kürbis <small>im Ganzen</small> ..... Pfd. 0,05	Junge Erbsen <small>mittelfein</small> ..... 0,83	Lebende Schleie ..... 1,35	
Fr. Rinderleber ... Pfd. 1,04	Dänische Butter ..... Pfd. 1,74	Spinat ..... 2 Pfd. 0,15	Apfelmus ..... 0,60	<small>in allen Häusern außer Andreasstrasse</small>	
Suppenfleisch <small>gefr., Pfd.</small> 0,72	<b>Tauben</b> <small>gefroren, Stück</small> 0,56	<b>Suppenhühner</b> <small>Pfd.</small> 0,88	<b>Hirschblätter</b> <small>Pfd. von</small> 0,90	<b>Wildkochfleisch</b> <small>Pfd. von</small> 0,48	<b>Kartoffeln</b> <small>10 Pfd.</small> 0,25
Hammelvorderfl. <small>gefroren</small> ..... Pfd. von 0,78					
Hammelrücken <small>gefr., Pfd.</small> 0,88					
Hammelkeule <small>gefr., Pfd.</small> 0,98					

## Holländische Blumenzwiebeln \* „Blühende Blumen im Winter“ (Kultur-erwählungen gratis)

Schneeglöckchen ... Stück 0,05 6 Stück 0,25	Narzissen gefüllt, weiss mit Rot, gelb ... Stück 0,10 6 Stück 0,50	Hyazinthen für Gläser rot, blau, weiss, rosa, rosaviolett ... Stück 0,25 3 Stück 0,70
Krokus verschiedene Farben, weiss, blau, gelb u. purpur, Stück 0,05 6 Stück 0,25	Tulpen einfach, gelb, weiss, dunkelrot, scharlach, rosaweiß ... Stück 0,08 6 Stück 0,45	Hyazinthen f. Töpfe u. Gerl. rot, blau, rosa, weiss ... Stück 0,15 6 Stück 0,80
Anemonen ..... Stück 0,05 6 Stück 0,25	Tulpen gefüllte u. Darwin, rot, gelb, rosa, weiss usw. Stück 0,10 6 Stück 0,50	Hyazinthen für Gläser weiss ... Stück 0,20 3 Stück 0,95
Iris ..... Stück 0,04 8 Stück 0,30	Hyazinthen für Gläser rot, hellblau, weiss, rosa, rosaweiß, St. 0,35 3 Stück 1,00	Hyazinthen für Gläser bunt ... Stück 0,22 4 Stück 0,85
Narzissen einfach, gelbweiss ... 6 Stück 0,40		Papierlilien ..... 4 Stück 0,10

## Unsere Handarbeits-Ausstellungen sind sehenswert

Wir zeigen eine Fülle von Handarbeiten verschiedenster Art sowie neue Techniken, die gleichzeitig praktisch vorgeführt werden

### Theater, Lichtspiele usw.

**Dienstag, 14. 10.**  
**Staats-Oper**  
 Unter d. Linden  
 A.-V. 44  
 19½ Uhr  
**Fürst Igor**  
 Ende 23 Uhr

**Dienstag, 14. 10.**  
**Stadt. Oper**  
 Bismarckstr.  
 Turmus IV  
 19 Uhr  
**Der Prophet**  
 Ende n. 23 Uhr

**Staats-Oper**  
 An Platz der Republik.  
 V.-B.  
 20 Uhr  
**Neues vom Tage**  
 Teilweil. Karlsruher Ende 22½ Uhr

**Staatl. Schausp.**  
 (am Sandmannstr.)  
 38. A.-V.  
 20 Uhr  
**Woh' dem der lügt**  
 Ende n. 22¼ U.

**Staatl. Schiller-Theater, Charlfbg.**  
 20 Uhr  
**Der Mann mit dem Kieper**  
 Ende 22¼ Uhr

### Winter Garten

8.15 Uhr — Hausen erlaubt  
**Tiffany Twins, Dora Kasan u. Neester, Prof. Pallos & singende Ladies, Brown u. La Hart** usw.

**Volksbühne**  
 Theater am Hühnerplatz.  
 Täglich 8 Uhr  
**Die Weber**  
 v. G. Hauptmann  
 Regie: K. H. Martin.

**Staatl. Schiller-Th.**  
 8 Uhr  
**Der Mann mit dem Kieper**

**Staatsoper**  
 Am Pl. d. Republik  
 8 Uhr  
**Neues vom Tage**

**Theater am Schillbaurdamm**  
 8 Uhr  
**Jud Süß!**

### Theat. d. Westens

8¼ Uhr  
**Brest Litowsk**  
 von Hans J. Vahlisch.  
 Kaysler, Homelka, Bildt, Loos, Hart, Sagan, Reuss

**Lessing-Theat.**  
 Letzte Vorstellungen!  
**5 218**  
 Ab Freitag  
**Japanisches Theater**

**Lustspielhaus**  
 Dir.: Hans Lügenditz  
 Täglich 8¼ Uhr  
**Meine Schwester und ich**  
 Musik von Benatzky  
 Lory Leux,  
 Kurt von Möllendorf

**Kleines Theat.**  
 Merkur 1624  
 Täglich 8¼ Uhr  
**Max Adalbert Müllers**

**Barnowsky-Bühnen**  
 Theater in der Strommannstr.  
 Täglich 8¼ Uhr  
**Sturm im Wasserglas**  
 Komödie von Frank.

**Komödienhaus**  
 8¼ Uhr Täglich 8¼  
**Konto X**  
 von Braunauer und Osterreicher

Ziehung I. Klasse 24. u. 25. Oktober  
**Preuß. Staatslotterie**  
 Gesamtgewinne in 5 Klassen über  
**113 Millionen RM.**  
 Höchstgewinn im gl. Falle:  
**Eine Million**  
 Hauptgewinne:  
**500000**  
**300000**  
**200000**  
**100000**

Doppel- ¼ ¼ ¼ ¼ Lose  
 zu 80.- 40.- 20.- 10.- 5.- M

Porto und Liste 30 Pf. extra.  
**Schwarz** **Berlin**  
 Neue Königsstr. 86  
 Postcheck-Konto: Berlin 311 50  
 Telegramm-Adresse: GLÜCKS GOTT, Berlin

### Öffentlicher Dank! Rheumatismus und Gicht in den Knien und Armen ist sogar wie verschwunden

Da ich seit 3 Jahren an einem schweren Rheumatismus, infolge eines Unfalles erkrankt bin, wo ich bis jetzt fast gar keinen Schlaf mehr hatte, dazu noch an Gicht und Rheumatismus lide, hauptsächlich in den Knien, und ich schon alles anprobiert hatte, und mir kein Arzt helfen konnte, war ich mittlerweile schon ganz verarmt. Durch Zufall las ich in Berlin die Leipziger Zeitung und entdeckte darin Ihre Offerte. Ich traute den Frieden nicht, denn ich glaubte, es werde wohl keinen Zweck mehr haben, aber ich folgte mir, es hat schon sofort geföhrt, ich werde es noch einmal auch damit versuchen. Ich ließ mir 1 Schachtel von dem Indisches Kräuter-Pulver schicken, wovon ich schon große Beförderung verspürte. Ich habe jetzt die 4. Schachtel verbraucht und muß Ihnen mitteilen, daß ich Ihre Indisches Kräuter-Pulver jeden Menschen auf das Beste empfehlen kann. Ich habe jetzt wieder einen gesunden Schlaf und mein Rheumatismus und Gicht in den Knien und Armen ist sogar wie verschwunden, denn ich kann jetzt wieder Treppen steigen, was ich vorher nur mit großer Mühe konnte. Ich werde Ihre Indisches Kräuter-Pulver weiter nehmen bis ich vollständig hergestellt bin. Ich habe Ihnen nochmals vielen Dank, daß ich ein so gutes Mittel gefunden habe. **Die Schachtel Berlin O 17, Capotulstraße 16, am 31. August 1930.**

Das Indische Kräuter-Pulver besteht aus 15 verschiedenen meist indischen Kräutern. Diese sind getrocknet und fein gemahlen. Sie wirken: magenstärkend, herbstlich, ausstärkend, was zahlreiche Genesende bestätigen. Schachtel 3.- Mark. Vorrätig nur in Apotheken, bestimmt in der Gluckent-Apothek, Berlin 57 19, Leipziger Straße 74, am Dianhofplatz und in der Kronen-Apothek, Berlin W 8, Friedrichstraße 160.

**SCALA**  
 Tägl. 5 u. 8¼ Uhr. 93 Barb. 9250  
 Pr. 1-6 M. — Nachm. halbe Preise.  
 Grock und weitere Attraktionen.

**PLAZA** Tägl. 5 u. 8¼  
 Sonnt. 2. 5 u. 8¼  
 Alex. E 4 8066

**Bella Siris**  
 die nordische Schönheit  
 in ihren Demonstrationen  
 „Wie bleibe ich jung,  
 schlank und elastisch!“ usw.

**ROSE**  
 -Theater  
 Gr. Frankfurter Straße 222  
 (Hinterstr. Alex 3422 u. 3404)  
 Ab heute täglich 8¼ Uhr  
 (Sonnt. 7 u. 10¼ U., Sonntags 2 u. 5 u. 9¼ Uhr)

**In der Johannisnacht**  
 Musikalisches Lustspiel  
 von Robert und Jean Gilbert  
 Regie: Hans Ross  
 Ausstattung: Walter Fischer  
 Orchester: Max Schmidt

In den Hauptrollen:  
 Trübke, Hans und Wini Rose,  
 Hilde Holze, Amanda Lindner,  
 Dittus, Kanisch und Wille.

**Theater für die Kinder:**  
 Jed. Mittwoch 5 U.; Hiesel u. Ural  
 Jed. Sonnt. 4 u. 7 U.; Dornröschen  
 (Preise von 30 Pf. bis 1,50 M.)

**Voransage:**  
 Ab 22. Oktober jeden Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag 5½ Uhr:  
**Familien-Nachmittage**  
 Zur Aufführung gelangt  
 „Kukul“ mit Traute, Hans,  
 Paul und Wini Rose, Amanda  
 Lindner, Hefer, Kanisch u. Wille.  
 Preise von 30 Pf. bis 1,50 M.  
 Garderobe u. Progr. je 10 Pf.  
 20 Minut. Kartesposte.  
 Kasse und Kassen 25 Pf.  
 Kinder-Laden Zutritt.  
 Der Vorverkauf ist eröffnet.

**Theater i. d. Behrenstr. 53-54**  
 Direktions Ralph Arthur Roberts  
 8¼  
**Das häßliche Mädchen**  
 Englisch — Roberts — Riemann.

**GROSS-SCHAUSPIELHAUS**  
 Nur noch 2 Wochen!  
**Lustige Witwe**  
 Hesterberg, Hansen,  
 Arno, Schollwer,  
 Jankuhn, Schaeffers,  
 Winkelstern, Besel.  
**REGIE: CHARELL**

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr  
 Lohringer Straße 87.

Für unsere Leser:  
 Gutscheine 1-4 Personen. Fauteuil  
 1,25 M., Sessel 1,75 M., Parkett 0,75 M.  
 Rang 0,60 M.

Nur vom 1. bis 31. Oktober 1930  
**Der Schiager aller Possen!**  
**Hurrah, ein Junge!**  
 und ein erstkl. buntes Programm.

**CIRCUS BUSCH**  
**VARIETE**

Täglich 2 Vorstell. - Tel. Waldend. 3548  
 nachm. 4¼ Uhr: 30 Pf. - 1,50 M.  
 abends 8¼ Uhr: 30 Pf. - 3.- M.

**Das phänomenale Oktober- Progr.**  
**14 der besten**  
**Circus-a-Varietéschiag.**

**Rennen zu Hoppegarten**  
 Dienstag, d. 14. Oktober  
 nachmittags 2 Uhr.

**Reichshallen-Theater**  
 Abends 8 Sonntag nachm. 3-9

**Stettiner Sänger**  
 Das wundervolle Oktober-  
 Programm.  
 Nachm. ermäßigte Preise!  
 Tel. Zentrum 112 63.  
**Dönhoff - Brett!**  
 Variété • Tanz • Kapelle Hans Sixtus.

**MALLER REYER**  
 Th. J. Adminalspolst  
 8¼ Uhr:  
**Czardásfürstin**  
 Fibers, Georg,  
 Bollmann, Ehrlich,  
 Moss Lee,  
 Jackson-Boys und  
 Girls.  
 Fernruf. 22813

**Rose - Theater**  
 Gr. Frankfurter Str. 132  
 Tel. Alex 3422 u. 3494  
 8.15 U. Premiere  
**In der Johannisnacht**

**Neues Theater**  
 am Zoo  
 Am Dönh. Zoo, Stpl. 6554  
 Täglich 8¼ Uhr  
**Lommel**  
 in der Posse  
 Paul und Pauline  
 Rundfunkhörer  
 halbe Preise.

Zimmer  
 1 Beil M. 8.- b. 11.-  
 2 Beil. 14.- bis 22.-  
 Bad M. 3, Salon 10

keine Hörspreise  
**Eine Großmacht**  
 in europäischen Hotels  
 Berlin HOTEL **EXCELSIOR**

**Metropol-Theater**  
 Täglich 8¼ Uhr  
**Sensationeller Opernenerfolg!**  
 Unter pers. Leitung  
 des Komponisten  
**Viktoria und ihr Husar**

**Deutsches Künstler-Theat.**  
 Tel. Dönhofstr. 3937  
 8¼ Uhr  
**Jim und Jill**  
 Operette v. Vivian Ellis

**HAUS VATERLAND**  
 KULDESTRASSE 100  
**Das preiswerte**  
**Vergrüßungs-**  
**Restaurant**  
**Berlins**

**BETRIEB KEMPINSKI**

**Theater am Schillbaurdamm**  
 8 Uhr  
**Jud Süß!**  
 mit  
 Ernst Deutsch.  
 Inszenierung:  
 Leopold Jessner.

**Renaissance-Theater**  
 Steinplatz 6780.  
 Dienstag, 14. Okt.  
 7¼ Uhr  
**Deutsche Uraufführung!**  
**Voruntersuchung**  
 von Max Alesberg  
 und O. E. Hesse

**Theater am Kottb. Tor**  
 Kottbuser Str. 6  
 F. 8. Oberp. 6070  
 Tägl. 8¼ U., Sonnt.  
 nach 3¼ Uhr

**Ein-  
 sänger**  
 Präsident  
 Zunkel  
 St. Trampel-  
 kassette  
**Schorst Ruselli**

**Berliner Theater**  
 Dönh. 625, 626.  
 Täglich 8 Uhr  
**Alexander Moissi**  
 in  
**„Der Idiot“**  
 v. Dostojewskij

**Philharmonie**  
 8 Uhr  
**Sinfonie-Konzert**  
 d. Philharmon. Orch.  
 Dir. Prof. J. Pröwer  
 Eroica-Sinf., Beeth.,  
 Violin-Konzert,  
 E-moll-Mendelssohn  
 (W. Hanke)  
 Eintritt 1 M.

**Berliner Ulk-Trio**  
 Neukölln. Lahnstr. 74/75. I

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Donnerstag, den 18. Oktober,  
 abds. 7 Uhr, in dem Majster-Sälen,  
 Kailer-Wilhelm-Straße 31

**Branchen-Versammlung**  
 aller im DMV. organisierten  
 Eisen- und Revolverdreher,  
 Dreherinnen u. Rundschleifer

Tagesordnung:  
 1. Bericht vom Verbandstag.  
 2. Beschlüsse und Angelegenheiten.  
 3. Verschiedenes.

Die Mitgliedschaft kein Zutritt!  
 Da in der Versammlung wichtige  
 Branchen- und Organisationsfragen zu  
 berät werden, ist das Ergehen aller  
 Pflicht.

Die Ortsverwaltung.

**L. Späth** Berlin-Baumschulenweg  
 Großbetrieb für Gartenkultur  
 Gartenplaner / Kletterer / Gartenperle

Gegründet 1720. — Areal 2000 Morgen.

**Der Verkauf hat begonnen**

**Berliner Verkaufsstellen:** 50: Berlin-  
 wweg, Späthstraße 1. / W.; Linkstraße am Pots-  
 damer Bahnhof / N.; Zinnowitzer Straße am  
 Stettiner Vorortbahnhof / C.; Dirksenstraße 20  
 gegenüber Alexanderplatz.

Kataloge mit Bezug  
 auf „Vorwärts“ umsonst und postfrei

**Liedung**  
**Kindelwald**  
 Berlin-Hermsdorf  
 verkauft

**350 herrl. Waldgrundstücke**  
 von 1500 Mark an. Ausführliche Prospekte  
 gratis. Verkauf täglich von 8-20 Uhr  
 Sonntag 10 bis 12 Uhr

**Glückliche Nordbahn**  
 Hohensteinstraße 24  
 Fernruf Teget 884

**Volksfürsorge**  
 Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Ver-  
 sicherungs-Aktionsgesellschaft, Hamburg 5

**Größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands**

Gegenwärtig rund 2,1 Millionen Versicherte mit  
 870 Millionen RM. Versicherungssumme,  
 115 Millionen RMark Vermögen, davon  
 Eigentum der Versicherten:  
 über 80 Millionen RMark Prämienreserve,  
 über 20 Millionen RMark Gewinnanteile,  
 zusammen über 100 Millionen RMark.  
 Versicherungsleistungen: 11 Mill. RMark  
 seit November 1923 (Ende der Inflation).

**Nähere Anskunft erteilen die Rechnungsstellen:** Berlin 5, 42, Müllerstraße  
 126, 1; Berlin-Marienthorl, Rathenauerstraße 93, pt.; Berlin-Köpenick, Bahnhofstraße 34; Berlin-  
 Lichtenberg, Frankfurter Allee 122; Berlin-Reinickendorf-West, Straße 20, Haus 12 part.;  
 Berlin-Pankow, Gallienstraße 26; Berlin-Spandau, Güterstraße 3, pt., oder der Vorstand der  
 Volksfürsorge in Hamburg & an der Alster 87-81